

Medienmitteilung

Mittwoch, 2. Mai 2007

So gewinnt die Schweiz

Zentrale wirtschaftspolitische Postulate für die kommende Legislatur

Die Schweizer Wirtschaft ist in voller Fahrt. economiesuisse rechnet mit einer anhaltend günstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Sowohl die aktuelle Lage als auch der Ausblick sind erfreulich. Vom Wachstum profitiert das ganze Land, denn Wachstum ist der Schlüssel für Wohlstand, die Finanzierung der Sozialwerke und einen vergleichsweise hohen Umweltstandard.

Aus Sicht von economiesuisse-Präsident *Gerold Bühler* ist der wirtschaftliche Erfolg in Zukunft nicht einfach garantiert. So wie sich die Unternehmen laufend den Märkten anpassen müssen, so stehen auch die Standorte in einem internationalen Wettbewerb. Die Reformbereitschaft in unserem Land darf deshalb nicht erlahmen, betonte Bühler am Mittwoch an der Frühjahrsmedienkonferenz von economiesuisse. Die Schweiz muss die gute wirtschaftliche Situation für marktwirtschaftliche Reformen nutzen. Reformen sollten insbesondere in den wachstumsrelevanten Bereichen Bildung und Forschung, Energie und Umwelt, Finanzen und Steuern, der Wettbewerbspolitik und der Aussenwirtschaftspolitik ansetzen.

Gerold Bühler plädierte in seinem Referat für mehr Mittel, mehr Effizienz und bessere Koordination in Bildung und Forschung. Er forderte aber auch weitere Steuerreformen und sieht im Steuerwettbewerb das richtige Mittel zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit. Ebenso bleibt die Öffnung der Märkte eine zentrale Priorität für economiesuisse. Gemäss Vizepräsident *Patrick Odier* steht die Schweiz mit Bezug auf die Energie- und Umwelteffizienz im Vergleich mit anderen Industrieländern sehr gut da. Die Stromproduktion beispielsweise ist weitgehend CO₂-frei. Insgesamt solle die Schweiz auch weiterhin auf freiwillige Massnahmen und den internationalen CO₂-Handel setzen. Zentral sei auch die langfristige Sicherung der Stromversorgung. *Rudolf Ramsauer*, Vorsitzender der Geschäftsleitung, sieht in der Aussenwirtschaftspolitik auch weiterhin ein wichtiges Betätigungsfeld von economiesuisse. Die Schweiz dürfe nicht nur auf die WTO setzen, den bilateralen Freihandelsabkommen käme eine grosse Bedeutung zu. Ramsauer regte an, den Ball mit den USA wieder aufzunehmen und stellte in der Beziehung zur EU die pragmatische bilaterale Zusammenarbeit in den Mittelpunkt.

Der neue Chefökonom von economiesuisse heisst Rudolf Minsch. Minsch ist derzeit Professor für Volkswirtschaftslehre und angewandte Statistik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Chur und Leiter des Kompetenzzentrums „Makromodelle“ am Forschungsinstitut für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen. Rudolf Minsch tritt die Nachfolge von Rudolf Walser an, der Ende September in Pension gehen wird.

Rückfragen: Urs Rellstab, Leiter Kommunikation, 044 421 35 44 / 079 669 56 10

**Sperrfrist bis 2. Mai 2007
10.00 Uhr**



Frühjahrs-Medienkonferenz 2007
Mittwoch, 2. Mai 2007

Wachstumspolitische Postulate für die kommende Legislatur

- 1 Bildung und Forschung**
- 2 Energie und Umwelt**
- 3 Finanzen und Steuern**
- 4 Wettbewerbspolitik**
- 5 Aussenwirtschaftspolitik**

1 Bildung und Forschung: mehr Mittel und Effizienz, bessere Koordination

Die Schweiz belegt auf dem jüngsten Innovationscoreboard der EU – ein Sammelindex für die Leistung eines Landes im Bereich Bildung und Forschung – den zweiten Platz. In punkto Wettbewerbsfähigkeit haben wir im WEF-Rating 2006 sogar den ersten Platz gesichert. Dass die Schweiz in den jüngsten internationalen Ranglisten zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit stets in der Spitzengruppe figuriert hat, ist ausserordentlich erfreulich.

In einem marktwirtschaftlichen System sind die primären Innovationsträger Unternehmer und Unternehmen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Innovationen sind nicht das Produkt von Konsensgremien. Sie sind auch nicht das Ergebnis einer staatlich gelenkten Technologie- oder Innovationspolitik nach dem „picking the winner“-Prinzip. Innovationen entstehen dezentral in den über das ganze Land verteilten 300'000 grossen, mittleren und kleinen Unternehmen. Sie alle, vor allem aber die KMU, sind auf eine innovationsfreundliche Wirtschaftspolitik und ein massvolles Regulierungsumfeld angewiesen, um sich positiv entfalten zu können. Innovationsstarke Unternehmen und leistungsfähige, mit der Praxis gut zusammenarbeitende Forschungsinstitutionen sind die zentrale Voraussetzung für stabiles Wachstum und hohe Beschäftigung.

Innovationen brauchen Bildung und Forschung. economisesuisse ist stets für ein leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem eingestanden. Die Wirtschaft hat immer mit Nachdruck dafür gekämpft, dass die staatlichen Mittel auf die Bereiche verteilt werden, von denen die grössten Impulse ausgehen: Berufsbildung, Hochschulen, Grundlagenforschung und angewandte Forschung und Entwicklung. Die

Schweiz ist heute mehr denn je auf ein gutes, leistungsförderndes Schulsystem, eine auf den Arbeitsmarkt angepasste zukunftsorientierte Berufsbildung und eine exzellente Ausbildung an unseren Hochschulen angewiesen. Dazu gehört eine erstklassige Forschung in den für die Volkswirtschaft wichtigen Disziplinen. Zwar kann sich auch die Schweiz in Bildung und Forschung heute nicht jeden Luxus leisten. Was aber in den zentralen Bereichen getan wird, muss den höchsten internationalen Ansprüchen genügen.

Postulate: Bildung und Forschung

BFI-Botschaft: Lohnende Investition in mehr Innovation

Die BFI-Botschaft orientiert sich an zwei strategischen Zielen: erstens an der nachhaltigen Sicherung und Steigerung der Qualität im Bildungsbereich und zweitens an der wissenschaftlichen Exzellenz sowie der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich von Forschung und Innovation als Voraussetzung für ein solides Wachstum. Dieses Jahr geht es darum, die Zahlungskredite für die Träger unseres Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystems zu erneuern. Der Bundesrat hat am 24. Januar 2007 mit der BFI-Botschaft 2008 bis 2011 einen Vorschlag gemacht, der auf ein jährliches durchschnittliches Wachstum von sechs Prozent basiert. Hinter dieser jährlichen Wachstumsrate des Globalkredits stehen für die wichtigen Träger des Bildungs- und Forschungsprozesses zum Teil wesentlich höhere Steigerungsraten des Zahlungskredits (8,7 Prozent für die Berufsbildung, 7,8 Prozent für die Fachhochschulen, 7,5 Prozent für den Nationalfonds und 7,3 Prozent für die KTI). **Für economiesuisse ist es unerlässlich, dass Naturwissenschaften und Ingenieurausbildung zukünftig mehr Gewicht erhalten. Auch die Berufsbildung muss ein klarer Schwerpunkt sein.** Die Wirtschaft erachtet die rund 21,2 Mrd. Franken schwere Vorlage als solide Basis, damit die Schweiz ihren guten Platz in der globalen Wissensgesellschaft behaupten kann. **Nötig sind allerdings strukturelle und organisatorische Anpassungen sowie die richtige und effiziente Mittelverwendung.**

Die Finanzen sind das eine, die Struktur, Organisation und Effizienz des Bildungs- und Forschungssystems sind das andere. Ein zukunftssicherndes Bildungs- und Forschungssystem, das für die Schweiz zentral ist, darf nicht an den Finanzen scheitern. Höhere Bildungsausgaben werden nicht automatisch in eine Verbesserung des Humankapitals transformiert, und höhere staatliche F+E-Ausgaben führen nicht unmittelbar zu höherem Wachstum. Ausreichende finanzielle Mittel sind somit eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Erfolg in Bildung, Forschung und Innovation. Ebenso bestimmend sind der effiziente Mitteleinsatz und ein Umfeld, das Kreativität, Motivation, Risikobereitschaft und Neugierde weckt und fördert. Diese „weichen“ Faktoren lassen sich über die BFI-Botschaft nicht unmittelbar beeinflussen bzw. steuern.

Es braucht eine Gesellschaft, die offen ist für Neues – eine die Leistung und Unternehmertum bejaht. Zudem sind Ausgaben für Bildung und Forschung letztlich nur dann eine Investition in die Zukunft, wenn sie nicht mit wachsenden Schulden erkaufte werden, die eine Hypothek für Wirtschaft und Gesellschaft sind. Mit der Priorisierung des BFI-Bereichs setzt der Bundesrat ein wichtiges Zeichen. Entscheidend dabei ist, dass die vorgesehenen BFI-Mittel über die gesamte Budgetperiode verlässlich zur Verfügung stehen. Das ist wichtiger, als jetzt euphorisch den Rahmenkredit zu erhöhen, um später festzustellen, dass dieser Kurs nicht durchgehalten werden kann.

Hochschulrahmengesetz: Bund und Kantone sollen besser zusammenarbeiten

Mit der neuen Bildungsverfassung hat sich die Schweiz für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Hochschulwesen ausgesprochen. Jetzt muss im Rahmen des Hochschulrahmengesetzes rasch eine rechtliche Lösung gefunden werden, die es unseren Hochschulen gestattet, sich im internationalen Bildungsmarkt eigenständig zu positionieren. Dazu braucht es grösstmögliche Autonomie für die einzelnen Hochschulen, aber auch Mut für eine klarere Differenzierung innerhalb der Hochschullandschaft. Die Schweiz hat nicht das Potenzial, um alle über 60 Hochschulen in der Top-Liga etablieren zu können. Jede Hochschule soll selbst entscheiden, wo sie im Kontinuum zwischen Forschungsuniversität und Hochschule für die Lehre stehen will. Einzelne Hochschulen mit globaler Ausstrahlung sollten besonders behandelt werden. **Aus unserer Sicht darf die Hochschullandschaft Schweiz nicht erst 2012 kommen. Die Dynamik der globalen Wissensgesellschaft verlangt nach schnelleren Anpassungen und Lösungen.** Das gilt nicht nur beim Hochschulrahmengesetz, sondern im Bildungsbereich generell. Es braucht kürzere Zeithorizonte für Entscheidungen.

Offenheit für Technologietransfer

Erfolgreiche Innovation ist mehr und mehr auch von einer unkomplizierten Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Unternehmen abhängig. Zwar funktioniert der Wissens- und Technologietransfer in der Schweiz nach den Untersuchungen der KOF/ETH schon recht gut. Auch das Innovationsscoreboard der EU-Kommission attestiert unserem Land international eine gute Position. Aber es funktioniert nicht alles so reibungslos, dass die Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nicht noch enger geknüpft werden könnte. Dazu braucht es weder neue Instrumente noch neue Gremien. Dazu braucht es auf beiden Seiten noch mehr Offenheit und die Einsicht, dass beide daraus gewinnen können, ohne dass ihre genuinen Funktionen verwischt werden. Deshalb appellieren wir an die Unternehmen – vor allem KMU – und an die Hochschulen, noch bestehende Scheuklappen abzulegen und aufeinander zuzugehen. Es bieten sich auf diesem Feld noch viele unausgeschöpfte Möglichkeiten für Public-Private-Partnerschaften an (Dialogforen, gemeinsame Forschungsprogramme, geteilte Forschungsinfrastrukturen, Personalaustauschprogramme usw.).

2 Energie und Umwelt: auf Marktkräfte setzen

Die Schweiz hat in der Energiepolitik im internationalen Vergleich eine ausgezeichnete Ausgangslage: **Wir sind energieeffizient und unser Umgang mit Energie ist sehr umwelt- und ressourcenschonend.** Unsere Energieversorgung ist darüber hinaus zuverlässig und kostengünstig. Für die Wirtschaft sind dies zentrale Faktoren. In der seit rund einem Jahr angelaufenen Energiediskussion werden all diese Faktoren nur wenig gewürdigt.

- **Die Stromversorgung der Schweiz ist heute nahezu CO₂-frei.** Das haben wir zu rund 60 Prozent dem Einsatz der Wasserkraft zu verdanken. Die Schweiz hat die Bedeutung der erneuerbaren Ressource für die Stromproduktion schon sehr früh erkannt. Jedenfalls viele Jahrzehnte vor der EU, die nun innerhalb weniger Jahre einen vergleichbaren Anteil an erneuerbaren Energien und ähnlich tiefe CO₂-Emissionen wie die Schweiz erreichen will.
- Weitere rund 40 Prozent der Stromerzeugung beruhen auf dem **Einsatz der Kernenergie. Diese ist praktisch CO₂-frei** und liefert zuverlässig und kostengünstig Strom. Ihr Brennstoff ist lagerbar und kommt aus verschiedenen westlichen Ländern. Lieferengpässe werden weder heute noch morgen ein Thema sein. Der schweizerische Strommix ist ideal. Bezüglich CO₂-Emissionen kann sich die Schweiz im internationalen Vergleich gut sehen lassen. Pro Kopf der Bevölkerung stösst die Schweiz am wenigsten Treibhausgase unter den Industriestaaten aus. In Bezug auf den Klimaschutz hat die schweizerische Wirtschaft ihre Hausaufgaben gemacht. Die **Energie-Agentur der Wirtschaft** hat mit rund 1600 Unternehmen Vereinbarungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Reduktion von CO₂-Emissionen abgeschlossen. Pro Jahr können damit 0,4 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Hinzu kommen die Aktivitäten der Stiftung Klimarappen, die einen massgeblichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen von jährlich 1,8 Mio. Tonnen CO₂ im In- und Ausland leisten. Dank diesen Beiträgen dürfte die Schweiz als eines der wenigen Länder ihr Kyoto-Ziel erreichen.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Schweiz in Sachen Umwelt und Energieeffizienz zu den global führenden Ländern zählt. Erst kürzlich hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln einen Benchmarkvergleich zur Umwelteffizienz veröffentlicht, der die Bereiche Wasserverbrauch, Luftreinhaltung und Energieeffizienz zusammenfasst. Die Schweiz steht an zweiter Stelle hinter Irland. Zweifellos gehört die Schweiz zu den Vorreitern punkto Umweltschutz und Ressourcenschonung. Nochmals verdeutlichen das die Zahlen zur Energieeffizienz.

Postulate Energie und Umwelt

economiesuisse kämpft für wirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftliches Wachstum ist Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit in der Schweiz. Die Energiepolitik muss einen Beitrag zum Wachstum von Werk- und Dienstleistungsplatz leisten. Dabei ist im Weiteren anzustreben, dass wirtschaftliches Wachstum und Nachhaltigkeit nicht im Widerspruch zueinander stehen. Unsere Forderungen im Bereich Energie und Umwelt orientieren sich daher an folgenden Leitplanken:

1. Versorgungssicherheit
2. Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente
3. Umweltgerechtigkeit
4. Vermeidung von geopolitischer Abhängigkeit (Diversifikation)
5. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Wachstum braucht Strom

Die Auslandsabhängigkeit unserer gesamten Energieversorgung ist hoch; das bestätigen die Perspektiven des Bundes. **Zentral ist auch in Zukunft der freie Zugang zu den internationalen Energiemärkten.** Westeuropa läuft in eine gewaltige Lücke des Energieangebots. Problematisch sind die Perspektiven vor allem beim Strom. Dort werden wir in wenigen Jahren mit Engpässen und bis Ende des nächsten Jahrzehnts mit einer Stromversorgungslücke konfrontiert sein. Die letzten 35 Jahre haben gezeigt, dass der Stromverbrauch relativ konstant mit dem Wachstum der Wirtschaft zunimmt. Wächst die Wirtschaft um ein Prozent, steigt der Verbrauch um 1,8 Prozent. Ein florierender Werk- und Dienstleistungsplatz braucht auch in Zukunft mehr Strom.

Für eine langfristig sichere Stromversorgung

Alleine in den letzten 15 Jahren ist der Stromverbrauch um rund 25 Prozent gestiegen, während die inländische Erzeugung nur um rund zwölf Prozent zulegen konnte. Mit der Ausserbetriebnahme der ersten Kernkraftwerksgeneration und dem Ende der Lieferverträge aus Frankreich klappt 2020 eine Lücke von sieben bis zehn TWh. 2035 wächst die Lücke ohne Gegenmassnahmen auf 25 bis 30 TWh. Das entspricht annähernd der Hälfte des heutigen Stromverbrauchs. Mit Einsparungen alleine kann diese Stromlücke nicht gestopft werden. Das Szenario einer „2000-Watt-Gesellschaft“ operiert mit unrealistischen Annahmen und bietet keine Lösung. Die Schweiz wird nicht darum herumkommen, die Lücke mit neuen Grosskraftwerken zu schliessen.

Die im Februar vom Bundesrat beschlossene Neuausrichtung der Energiepolitik geht in dieser Frage in die richtige Richtung. **Auch für die Wirtschaft sind die Verbesserung der Energieeffizienz, die Forschung zur Förderung der erneuerbaren Energien, die Nutzung der Wasserkraft sowie der Ersatz der Kernkraftwerke vorrangig.** Angesichts der absehbar raschen Verschlechterung der Stromversorgung muss möglichst bald eine politische Entscheidung über den Ersatz und den Bau neuer Kernkraftwerke gefällt werden. Dazu soll aus Sicht der Wirtschaft die Beschleunigung der Verfahren geprüft werden. Auch Abklärungen zur nuklearen Entsorgung sollen mit Nachdruck weitergeführt werden. Dazu gehören sowohl Standortabklärungen als auch Forschung an neuen technologischen Möglichkeiten.

Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten

Auch im Klimaschutz halten wir den marktwirtschaftlichen Ansatz für den richtigen Weg. **Im Vordergrund steht die Teilnahme am internationalen Handel mit CO₂-Zertifikaten.** Aus Sicht der Wirtschaft muss dieser für die Zeit nach 2012 verstärkt werden. Der Handel mit Emissionsrechten dürfte wohl eine der bleibenden Errungenschaften des Kyoto-Protokolls sein. Der Ansatz erlaubt die grösstmögliche Flexibilität für Reduktionen. Der Handel von Emissionsrechten ist einer starren Energieabgabe vorzuziehen, weil bei einer starren Energieabgabe der Staat den Kohlenstoffpreis festsetzt.

Keine Benachteiligung der Schweizer Wirtschaft mit einer Energieabgabe

Ziel einer effizienten Umweltpolitik muss die Lenkung der schädlichen Emissionen sein. **Mit der heutigen CO₂-Abgabe und den freiwilligen Massnahmen folgt die Schweiz bereits einem marktwirtschaftlichen Ansatz.** Neue staatliche Eingriffe unter dem Deckmantel einer ökologischen Steuerreform sind nicht gerechtfertigt. Die vom Bund und der Verwaltung ausgearbeiteten Pläne zur Einführung einer umfassenden Energieabgabe lehnen wir daher entschieden ab. Die Folgen dieses nationalen Alleingangs wären für die Volkswirtschaft äusserst gravierend. Die Energiepolitik darf nicht dazu führen, dass Unternehmen aus Gründen der Konkurrenzfähigkeit die Schweiz verlassen. Wie die Erfahrungen mit der bestehenden Klimapolitik zeigen, funktionieren insbesondere die freiwilligen Massnahmen ausgezeichnet. Ihr Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft.

3 Finanzen und Steuern: Standortvorteile laufend verbessern

Im internationalen Standortwettbewerb ist der Bereich Finanzen und Steuern nach wie vor ein zentraler Faktor. economiesuisse hat sich deshalb in der Vergangenheit stets mit Nachdruck für die Sanierung der Bundesfinanzen und wettbewerbsfähige Steuern eingesetzt.

Bundesfinanzen vorläufig wieder im Lot

economiesuisse hat schon frühzeitig vor der Schieflage der Bundesfinanzen gewarnt und mit dem Ausgabenkonzept einen Weg zur Sanierung aufgezeichnet. Der entsprechende Druck hat massgebend dazu beigetragen, dass zwei Entlastungsprogramme im Gesamtumfang von jährlich 5 Mrd. Franken relativ gut durch die politische Pipeline gingen. Allerdings: **Weitere Hausaufgaben mit tiefgreifenden Strukturreformen stehen den Bundesfinanzen noch bevor.**

Lösung der indirekten Teilliquidation im Interesse der Nachfolgeplanung

Dank des Drucks von economiesuisse ist es endlich zu einer Lösung gekommen. Doch die Umsetzung durch die Eidgenössische Steuerverwaltung muss noch dem Gesetzgeberwillen entsprechen. economiesuisse wird das Geschäft weiterverfolgen.

KMU-Steuerreform parlamentarisch unter Dach und Fach

Aufgrund des Drucks von economiesuisse konnte die Unternehmenssteuerreform für die Wirtschaft zufriedenstellend im Parlament verabschiedet werden. Damit sind aber noch nicht alle steuerpolitischen Hausaufgaben gemacht. Im Moment ist es nur ein Etappensieg. **Für die vor allem für KMU wichtige Reform wird eine breite Allianz entstehen:** Eine erfolgreiche Mobilisierungsaktion hat die Wirtschaft bereits lanciert. Bundesrat, bürgerliche Parteien, Kantone und Wirtschaft stehen ebenfalls voll hinter der Reform. Die Ausgangslage für den Referendumskampf ist damit gut.

Postulate Finanzen und Steuern

Bundesfinanzen: Strukturreformen und Aufgabenüberprüfung bleiben nötig

Die Situation in der Finanzpolitik ist wie „le calme avant la tempête“. Denn milliardenhohe Mehrbelastungen sind in naher Zukunft absehbar. Dabei ist der Verdrängungseffekt des Sozialbereichs gegenüber anderen Aufgabenbereichen der zentrale Punkt. Zudem muss der seit Beginn der neunziger Jahre starke Anstieg der Staatsquote wieder zurückgeführt werden. Dafür sind Korrekturen notwendig. **In der kommenden Legislatur sind Lösungen und tiefgreifende Reformen in kostenintensiven Arbeitsbereichen gefragt:** Sozialbereich, Landwirtschaft, Verkehr. Denn wenn die Entwicklung ungebremst weiter geht, wird sich der Staat in zwanzig Jahren praktisch nur noch um Soziales kümmern; Mittel für andere Aufgabenbereiche stehen nicht mehr genügend zur Verfügung. Das gleiche Bild zeigt sich sogar innerhalb des Sozialbereichs, dort wo die IV die AHV finanziell bedrängt. **Hier ist die 5. IV-Revision ein erster, dringend notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Generell ist strikte an der Schuldenbremse festzuhalten:** Ausserordentliche Erträge sind zur Schuldentilgung zu verwenden.

Steuerwettbewerb ist ein Erfolgsfaktor mit Zukunft

Der interkantonale Steuerwettbewerb in der Schweiz ist ein Erfolgsfaktor, vor allem auch im internationalen Kontext. Das beweisen die Diskussionen über Pauschalsteuern und der EU-Druck auf die kantonalen Regimes. Steuerwettbewerb bringt Wachstum, Arbeitsplätze und gesunde Finanzen mit sich. Gleichzeitig sind die Einkommens- und Gewinnsteuereinnahmen seit mehreren Jahrzehnten gestiegen. Ein „race to the bottom“ oder ein „ruinöser“ Steuerwettbewerb lässt sich empirisch nicht belegen. Diesen gesunden und gewinnbringenden Steuerwettbewerb soll die SP-Steuerharmonisierungs-Initiative aushebeln. Das könnte sehr schnell zur Abwanderung von guten Steuerzahlern führen. Die Konse-

quenz dieser Politik ist klar: massgebliche Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden sinken; über den Finanzausgleich sind davon alle Kantone negativ betroffen. Um diese Verluste kompensieren zu können, würde die Steuerbelastung des Mittelstands zunehmen oder staatliche Leistungen würden gekürzt. Quintessenz: **Die SP-Steuerharmonisierungs-Initiative ist eine Steuererhöhungs-Initiative.** Die Wirtschaft wird das entschieden bekämpfen.

Unternehmenssteuerreform II: KMU wirksam entlasten, steuerliche Ärgernisse beseitigen

Nach der erfolgreichen Unternehmenssteuerreform I folgt nun mit der Unternehmenssteuerreform II eine Steuerreform, von der vor allem KMU profitieren. Heute werden die Gewinne zweimal besteuert – beim Unternehmen und beim Aktionär. **Die Reform entschärft das Problem zumindest für Unternehmer und Familiengesellschaften.** Zudem werden steuerliche Ärgernisse für Personengesellschaften beseitigt. Damit ist die Unternehmenssteuerreform II klar eine KMU-Vorlage, die Wachstum bringt, massvoll ist, auf bewährte Stärken der Schweiz setzt und sehr breit mitgetragen wird. Die Linke aber will über das Referendum einen ideologisierten Kampf gegen „Grossaktionäre“ ausfechten. Und das, obwohl die Unternehmenssteuerreform II Unternehmer, Personengesellschaften, Familienaktiengesellschaften und KMU in allen Regionen der Schweiz und durch alle Branchen stärken wird, weil sie steuerliche Hindernisse aus dem Weg räumt.

Mehrwertsteuerreform: Einheitssteuersatz anvisieren

Die Vereinfachung des Schweizer Mehrwertsteuersystems muss zügig vorangetrieben werden. **Die Unternehmen sollen administrativ spürbar entlastet, Rechtssicherheit und Transparenz müssen hergestellt werden.** Das EFD hat eine Revisionsvorlage vorgelegt, die die Bedürfnisse der Wirtschaft aufnimmt und über die dringenden technischen Anpassungen hinaus richtige Verbesserungen aufzeigt. Die Endbelastung der Unternehmen durch die Taxe occulte ist so falsch wie Wettbewerbsverzerrungen durch unterschiedliche Steuersätze. Die bundesrätlichen Bemühungen für eine möglichst weitgehende Annäherung an eine für die Unternehmen (= Inkassostellen des Bundes) neutrale Konsumsteuer sind richtig und zu unterstützen.

Steuerreformprozess ist eine Daueraufgabe: Reduktion der Gewinnsteuer auch beim Bund

Mit der KMU- und der Mehrwertsteuerreform ist der Prozess der Steuerreformen nicht abgeschlossen. Massgebliche Länder im EU- und OECD-Raum haben die Unternehmenssteuern in den letzten Jahren signifikant gesenkt. Als Folge des intensiven Standortwettbewerbs ist das schweizerische Steuersystem laufend zu überprüfen und zu verbessern. Steuerreformen und steuerliche Entlastungen sind eine Daueraufgabe. **Als Nicht-EU-Mitglied ist die Schweiz steuerpolitisch zu 100 Prozent souverän und hat entsprechende Freiräume, die sie standort- und wachstumspolitisch optimal nutzen sollte.** So ist z.B. der Reformprozess in den Kantonen (Absenkung der Gewinnsteuer) und auf Bundesebene sehr zu begrüssen. **Angesichts der deutlichen Absenkung der Gewinnsteuersätze auf internationaler Ebene ist auch beim Bund eine Reduktion der Gewinnsteuer angesagt.** Im Bereich Substanzsteuer (Emissions- bzw. Umsatzstempel) besteht zwingender Handlungsbedarf. Bei den natürlichen Personen sind insbesondere die Zweiverdienerhaushalte zu entlasten.

Finanzmarktaufsicht: Effizienzgewinne und Transparenz

Die Schaffung einer branchenübergreifenden Finanzmarktaufsicht ist richtig. Der Finanzplatz Schweiz hat aus Gründen der Reputation ein grosses Interesse an Transparenz und Verlässlichkeit des Rechts. Denn auch Kapitalmärkte kommen nicht ohne Spielregeln aus. Mit Blick auf verschiedene Übernahmen von schweizerischen Unternehmen durch ausländische Gesellschaften kann auch eine verbesserte Börsentransparenz einen Beitrag leisten. **Wir wollen keinen Heimatschutz, aber die Anpassung von Schwellenwerten für die Offenlegungspflicht, der Einbezug von Optionen und verschärfte Sanktionen dienen letztlich der Transparenz des Finanzplatzes.**

4 Wettbewerbspolitik: Marktöffnung weiter vorantreiben

Der funktionierende Wettbewerb ist das Lebenselixier der Marktwirtschaft. In jüngster Zeit hat die Schweiz hier klare Verbesserungen erreicht. *economiesuisse* hat sich dezidiert dafür eingesetzt. Beispiele sind:

- Das **Binnenmarktgesetz** wurde mit einer besseren Eingriffsmöglichkeit der WEKO verschärft und damit der Marktzugang für die Berufsausübung in einem anderen Kanton wesentlich erleichtert.
- Im **Telekommunikationsmarkt** führte die Liberalisierung zu einem intensiveren Wettbewerb mit deutlich tieferen Preisen und besseren Angeboten für die Konsumenten. Dieser Weg ist entschieden weiterzuerfolgen.
- Im **Strommarkt** bewirkte der Leitentscheid der WEKO über den konkreten Fall hinaus eine Öffnung mit preissenkenden Wirkungen. Leider scheiterte die volle Marktöffnung im ersten Anlauf und bleibt damit weiter auf der wettbewerbspolitischen Agenda von *economiesuisse*.

Postulate: Wettbewerbspolitik

Eine offene Wettbewerbspolitik bleibt Priorität für *economiesuisse*. Entscheidend ist, dass der Zugang zu unserem Markt erleichtert wird. Nur so kann Konkurrenz geschaffen werden, die tiefere Preise und grössere Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen sichert. Zentrale kommende Herausforderungen sind:

Beseitigung von Handelshemmnissen mit „Cassis de Dijon“ ohne Diskriminierung

Nach wie vor behindern Sondervorschriften den Marktzugang. Während in der Schweiz etwa bei Maschinen die gleichen Regeln wie in der EU gelten, müssen beispielsweise verarbeitete Lebensmittel besonders beschriftet werden. Auf solche Sondervorschriften muss konsequent verzichtet werden. Die Abschaffung öffnet den Schweizer Markt; Harmonisierung und vertragliche Vereinbarungen sichern auch Schweizer Exportprodukten Marktzugänge und sind daher zentral. Die konsequente Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips fördert diese Entwicklung und wird von *economiesuisse* klar unterstützt – auch wenn es einseitig umgesetzt wird. **Die inländischen Produzenten dürfen nicht diskriminiert werden** und müssen nach gleichen Regeln wie ihre ausländische Konkurrenz produzieren können. Das erhöht den notwendigen Liberalisierungsdruck. Ausnahmeregelungen, wie sie von Konsumentenorganisationen gefordert werden, führen zu weiterer Abschottung und dürfen nicht aufgenommen werden.

Parallelimporte: Mehr Wettbewerb durch Missbrauchsbekämpfung

Wettbewerb und Schutz des geistigen Eigentums sind zentrale Elemente einer Marktwirtschaft. Das Patentrecht ist ein wichtiges Element im globalen Standortwettbewerb. **Die missbräuchliche Abschottung von Märkten muss jedoch bekämpft werden. Das Instrument dafür ist das Kartellgesetz.** Das hat schon das Bundesgericht im berühmten KODAK-Entscheid festgehalten und der Gesetzgeber bei der letzten Änderung des Kartellrechtes bekräftigt. Dieses Instrument zum Ausgleich zwischen Handels- und Innovationsanreizen muss genutzt werden. Konkrete Fälle können bei der Wettbewerbskommission angezeigt werden. Auch könnte die WEKO mit einer Bekanntmachung zu dieser Frage die Rechtssicherheit gerade für interessierte Importeure verbessern. Das Prinzip der sogenannten nationalen Erschöpfung entspricht dem Standard in allen Industrieländern. Der richtige Lösungsansatz liegt in der Verschärfung der Missbrauchsbekämpfung.

Die Einführung der regionalen Erschöpfung soll trotz bekannter Probleme nochmals geprüft werden. Das würde jedoch ein entsprechendes gegenseitiges Abkommen – mit Wirkung wohl auch für das Marken- und Urheberrecht – bedingen.

Weniger staatlich regulierte Preise, mehr Wettbewerb

Der Staat greift in der Schweiz besonders stark in die Preisbildung ein. Dies gilt bei den Post- und Fernsehgebühren, bei Preisstützungen in der Landwirtschaft, aber auch bei staatlichen Gebühren, sei es für Reisepass oder Abwasser. **Die Belastung von Unternehmen und Konsumenten durch diese Kosten wachsen weit stärker als die übrigen Preise.** Allein die Gebühren für staatliche Dienstleistungen haben sich von 1990 bis 2004 verdoppelt. Für Gebühren aller Art zahlen die Schweizerinnen und Schweizer 10,5 Mrd. Franken mehr. **Die administrierten Preise tragen entscheidend zur „Hochpreisinsel“ bei.** Deshalb müssen diese Staatseingriffe zurückgefahren und durch offenen Wettbewerb ersetzt werden. Eine Trendwende ist allerdings nicht erkennbar. Im Gegenteil: Bei Radio und Fernsehen wurde mit der Gesetzesrevision das bisherige System zementiert. Der Bundesrat schöpft seine Möglichkeiten nicht aus, Zwangsgebühren nur für Kernbereiche einzusetzen.

Öffnung des Postmarktes wie in Europa

Die Schweiz ist im europäischen Vergleich mit der Öffnung des Postmarktes im Hintertreffen. Die Situation ist paradox: **Die Schweiz wäre überdurchschnittlich gut für eine Marktöffnung gerüstet,** wie jüngst eine Studie von PricewaterhouseCoopers gezeigt hat. Der Universaldienst ist überfinanziert, die Kosten tragen Jahr für Jahr die Konsumenten und Unternehmen durch die überhöhten Preise. Die Öffnung des Postmarktes wäre ein echter Beitrag zur Senkung der Preise. Die Grundversorgung wäre dadurch keineswegs gefährdet, zeigt doch das gute Betriebsergebnis der Schweizer Post gerade in diesem Bereich die positive Situation.

Effizientere Gesundheitspolitik dank Wettbewerb auch im Spitalmarkt

Spitäler sind bezüglich Infrastruktur und Kosten der grösste Bereich im Gesundheitswesen. Ein starkes, innovatives und effizientes Gesundheitssystem ist ein wichtiger Standortfaktor mit Wachstumspotenzial. Dazu bedarf es gerade im zentralen Infrastrukturbereich der Spitäler der richtigen Rahmenbedingungen. Den Kantonen fehlt gemäss OECD die nötige Grösse und Fähigkeit, eine effiziente Gesundheitsversorgung zu organisieren. Eine Reform soll deshalb nicht über den Ausbau der kantonalen Planwirtschaft in die Sackgasse der Rationierung führen. **Stattdessen braucht es Leistungstransparenz und -wettbewerb bei medizinischer Qualität und Kosten im Spitalbinnenmarkt.** Der diskriminierungsfreie Marktzutritt wird damit zum Lackmustest der Reform im Gesundheitswesen.

Weniger Regulierungen und Bürokratie

Wirtschaftliches Wachstum wird durch unternehmerisches Handeln und nicht durch die Administration geschaffen. **Der Abbau von Regulierungen und Bürokratie ist deshalb eine Daueraufgabe.** Meldungen, Bewilligungen und Gesuchsverfahren werden laufend ausgebaut. Sie stellen für die Unternehmen eine immer grössere Belastung dar. **Lange Verfahren erschweren und verteuern Bauprojekte, namentlich wenn die vielen Einsprachemöglichkeiten ausgereizt werden.** Ein Beispiel sind die Mobilantennen: Obschon in unserem Land zehn Mal tiefere Grenzwerte als in Europa gelten und wir bereits mehr Handys als Einwohner haben, wird praktisch gegen jede Antenne ein Rekurs erhoben. Nicht die Abschaffung einer Regulierung, sondern die Beibehaltung sollte begründet werden. Gefordert ist nicht nur der Bund, gerade auch auf Kantons- und Gemeindeebene besteht Spielraum. Trotz Binnenmarktgesetz bleiben immer noch Zutrittsbarrieren bestehen. So müssen etwa auswärtige private Bewachungsdienste im Kanton Waadt für jeden einzelnen angestellten Billettkontrolleur an einer Messe einen Strafregisterauszug und ein Handlungsfähigkeitszeugnis einreichen. Wenn Meldungen oder Gesuchsverfahren unentbehrlich sind, müssen sie administrativ erleichtert werden. Dazu gehört, dass alle Formulare elektronisch abrufbar sind.

5 Aussenwirtschaftspolitik: Alle Spielräume nutzen

Traditionell ist die Schweiz in ihren Aussenwirtschaftsbeziehungen sehr offen. Unser Land nimmt bezüglich tiefer Zolltarife für Industrieprodukte weltweit eine Spitzenstellung ein und wendet im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern keine Anti-Dumping-Massnahmen an. Ausländische Investitionen sind willkommen. Im Dienstleistungsbereich stehen die Türen ebenfalls weit offen. In starkem Kontrast zu diesem Bild steht unsere Landwirtschaftspolitik, die sich im internationalen Vergleich durch höchste Subventionen und extrem hohe Handelsbarrieren gegenüber dem Ausland „auszeichnet“. Diese Abschottungspolitik wirft Schatten auf unsere Wirtschaftsbeziehungen mit vielen Ländern.

Freihandelsabkommen: Auch als kleines Land ein attraktiver Partner

In der gegenwärtigen Phase neuer Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU zeigt sich, dass die Schweiz selbst für grosse und wichtige Partner von Interesse ist. Die USA wären bereit gewesen, mit der Schweiz ein Abkommen abzuschliessen, wäre die Schweiz in Landwirtschaftsfragen flexibler gewesen. Erfreulicherweise haben nun Verhandlungen mit Japan über ein solches Abkommen begonnen. *economiesuisse* hat die wichtigsten Freihandelspartner definiert und unseren Behörden bekannt gemacht. Es geht dabei um wichtige OECD-Länder in Übersee und um die BRIC-Staaten sowie um weitere für unsere Wirtschaft wichtige Beschaffungs- und Absatzmärkte. Die Schweiz kommt diesbezüglich mit oder ohne EFTA besser voran als die EU.

EU: Bilateralen Weg fortsetzen

Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Die Schweiz verfügt seit 1972 über ein Freihandelsabkommen, das einen weitgehenden Zugang auf den EU-Binnenmarkt ermöglicht. Zudem konnten sehr gute bilaterale Abkommen ausgehandelt und in Kraft gesetzt werden. Die Schweiz ist somit wirtschaftlich eng mit den EU-Mitgliedstaaten verbunden. Das ist wichtig für unsere Unternehmen. **Es besteht kein Grund, von diesem erfolgreichen bilateralen Weg abzuweichen.** Unser Land hat in eigener Regie bessere Rahmenbedingungen als diejenigen, die wir bei einem EU-Beitritt zu übernehmen hätten. In der EU sind es vor allem drei Bereiche, die aus Unternehmenssicht grundsätzliche Probleme aufwerfen: Die Finanz- und Fiskalpolitik, die Geld- und Währungspolitik sowie die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. *economiesuisse* hat stets mit Klarheit für den bilateralen Weg gekämpft. Die Stellungnahme im letzten Jahr war wegweisend für weitere politische Weichenstellungen.

Postulate: Aussenwirtschaft

Multilateralen Weg deblockieren

Auch wenn derzeit die Doha-Runde blockiert ist, unterstützt *economiesuisse* aus grundsätzlichen Erwägungen weiterhin Verhandlungen im Rahmen der WTO. Diese bringen für eine kleine offene Volkswirtschaft grosse Vorteile. Man sollte den Mut nicht verlieren, diese Verhandlungsrunde wieder in Gang zu bringen. Sollten die Doha-Verhandlungen schlimmstenfalls endgültig scheitern, ist es sinnvoll, eine neue Runde auf neuen und weniger belasteten Grundlagen zu starten.

Freihandelsabkommen forcieren

Wegen der fehlenden Fortschritte auf der WTO-Schiene gilt es, mit wichtigen Partnern in Übersee Freihandelsabkommen abzuschliessen, um Diskriminierungen der Schweizer Wirtschaft zu vermeiden. Mit solchen Abkommen kann zudem bezüglich Öffnungsgrad und Bereichen der Zusammenarbeit weitergegangen werden als das innerhalb der WTO möglich ist. *economiesuisse* hat Anfang 2007 die Prioritäten für neue Freihandelsabkommen fixiert und bekannt gegeben. Im Zentrum stehen Abkommen mit wichtigen OECD-Ländern ausserhalb Europas und mit den BRIC-Staaten. Von besonderem Interesse ist ein Abkommen mit den USA, dem zweitgrössten Markt der Schweiz nach der EU. Nach dem Bundesrats-Nein zur Verhandlungsaufnahme für ein Freihandelsabkommen mit den USA im

Januar 2006 ist für die Wirtschaft ein unerfreuliches Vakuum entstanden. Südkorea, das mit ähnlichen Strukturproblemen im Landwirtschaftsbereich zu kämpfen hat wie die Schweiz, konnte im letzten Monat die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA zu einem guten Abschluss bringen.

Es gibt also keinen Grund dafür, dass die Schweiz in Washington nicht vorstellig wird, um einen gemeinsamen Nenner mit den USA für ein solches Abkommen zu finden. economiesuisse fordert den Bundesrat auf, über den eigenen Neinsager-Schatten zu springen und diesen wichtigen Schritt im Interesse der Schweizer Unternehmen in Angriff zu nehmen.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges Instrument der Aussenpolitik. Aber auch die wirtschaftlichen Interessen sollten nicht vergessen werden, wie das übrigens die anderen Geberländer auch nicht tun. Deshalb muss auch die Aussenwirtschaftspolitik die Möglichkeit haben, ihren Zielen, z.B. die Aushandlung von Wirtschaftsverträgen, mit Unterstützungsmassnahmen an Entwicklungs- und Transitionsländer Nachhalt zu verschaffen.

Zukunft der Beziehungen mit der EU

economiesuisse will den bilateralen Weg mit der EU weiterhin konsequent beschreiten. Das heisst weder Stillstand noch Alleingang. Die bestehenden bilateralen Abkommen werden laufend auf ihre Funktionalität überprüft und – sofern erforderlich – im gegenseitigen Interesse an die neuen Gegebenheiten angepasst. Es gibt einige wenige Bereiche, in denen die Zusammenarbeit noch verbessert werden kann, so zum Beispiel in den Bereichen Elektrizität und Agrarhandel. Der bilaterale Weg ist zwar nicht einfach, und es wird stets neue Herausforderungen geben, wie die aktuellen Meinungsunterschiede im Fiskalbereich zeigen. Die Bedingungen des bilateralen Wegs sind aber deutlich bessere als die, denen die Unternehmen bei einer EU-Mitgliedschaft unterworfen wären.

EU-Steuerstreit: Steuersouveränität nicht verhandelbar

Die Position der Schweiz ist juristisch, aber auch durch viele Volksentscheide sehr gut abgestützt. Die Stimmberechtigten haben den bilateralen Weg wiederholt bestätigt. Die Schweiz ist vertragstreu und der Rückgriff auf das Freihandelsabkommen ist nicht gerechtfertigt. Im Fiskalbereich besteht kein Abkommen mit der EU. **Der internationale Steuerwettbewerb ist eine Realität. Eine Einmischung in die Steuersouveränität der Schweiz durch die EU kann nicht akzeptiert werden.** economiesuisse unterstützt den Bundesrat in seiner Haltung, dass Verhandlungen nicht in Frage kommen. Offensichtlich gibt es aber Erklärungsbedarf. Der Dialog mit der EU soll nach wie vor gesucht werden.

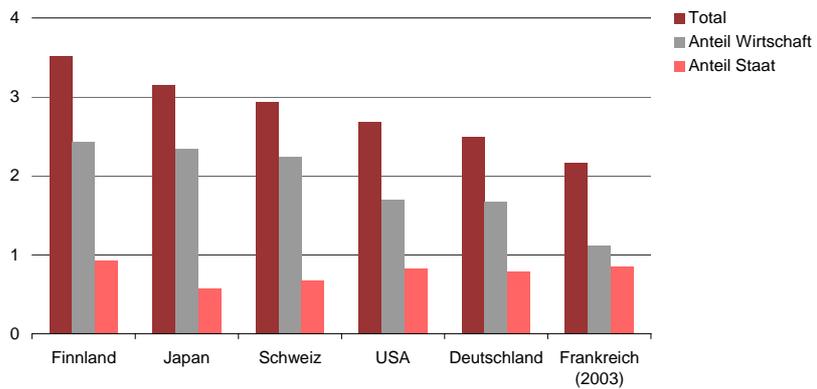
Gute Standortpolitik zahlt sich aus

Weltweit herrscht ein harter Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte. Aussenwirtschaft und Binnenwirtschaft sind mehr denn je miteinander verknüpft. **Eine offene Aussenwirtschaftspolitik wirkt sich positiv auf den Wettbewerb im Inland, auf die Strukturanpassungen der Unternehmen und auf die Wirtschaftssektoren aus.** Eine gute Wirtschaftspolitik im Inland befähigt die Unternehmen, besser im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. economiesuisse setzt sich mit Nachdruck für Verbesserungen in beiden Bereichen ein.

Frühjahrs-Medienkonferenz

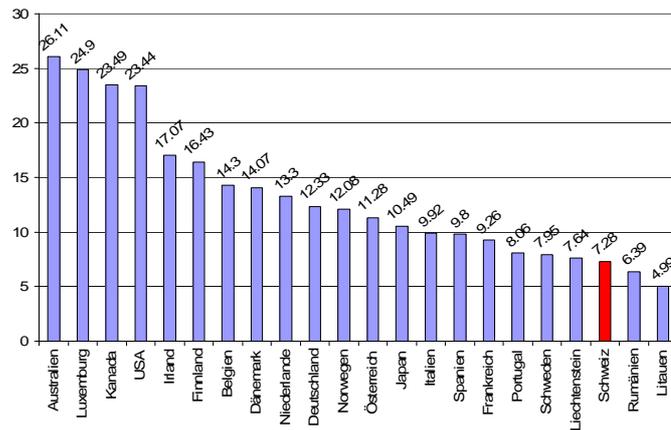
Grafiken

Folie 1: Ausgaben F+E international 2004 % des BIP



Quelle: OECD 2006

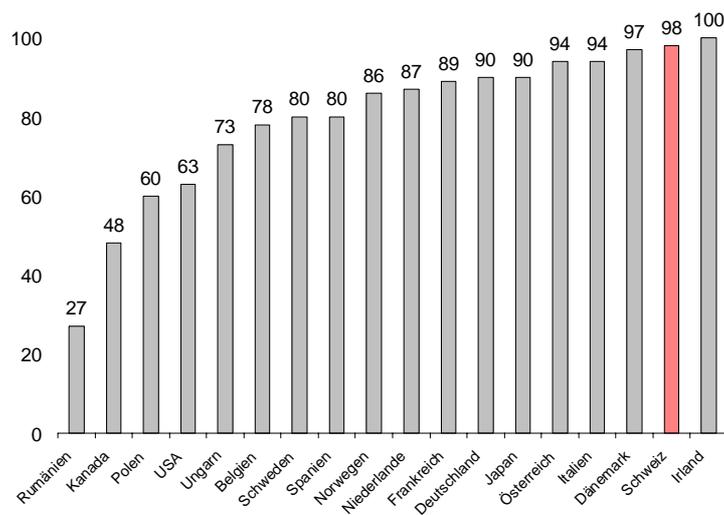
Folie 2: Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner [Tonnen CO₂ äquivalent]



© economieuisse 01.05.2007 Seite 3

Folie 3: Umwelt-Effizienz-Indikator

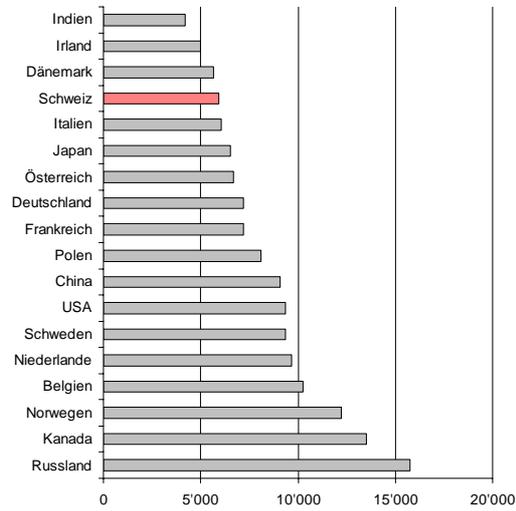
IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Dezember 2006



© economieuisse 01.05.2007 Seite 4

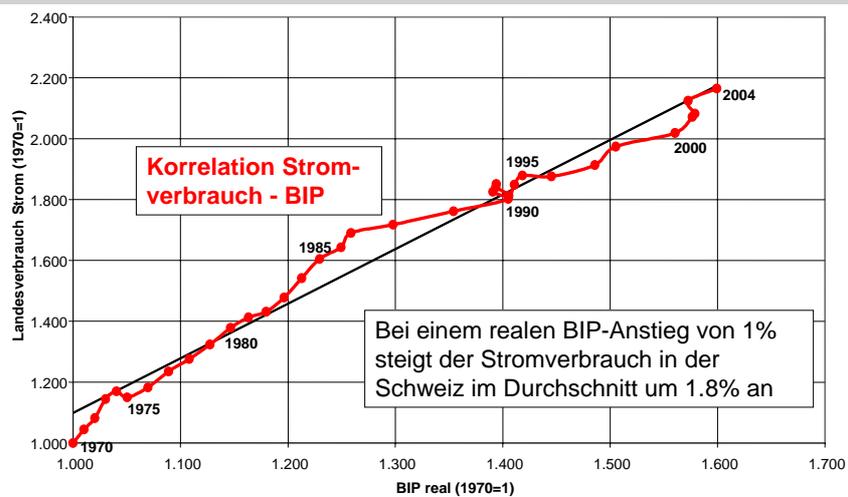
Folie 4: Primärenergiebedarf pro Einheit BIP 2004

[Btu / USD] Energy Information Administration USA, international energy annual 2004



© economiesuisse 01.05.2007 Seite 5

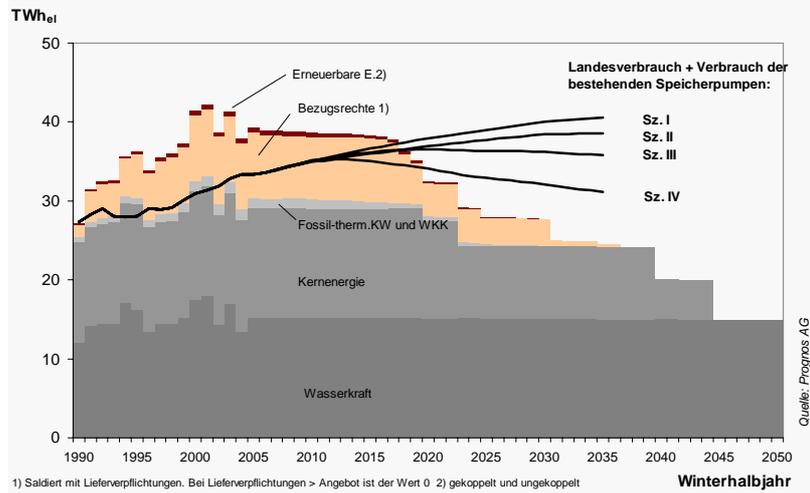
Folie 5: Wirtschaftswachstum braucht Strom



Quellen - BIP real: Staatssekretariat für Wirtschaft (seco)
- Landesverbrauch Strom: Gesamtenergiestatistik BFE

© economiesuisse 01.05.2007 Seite 6

Folie 6: Stromlücke (Winterhalbjahre)

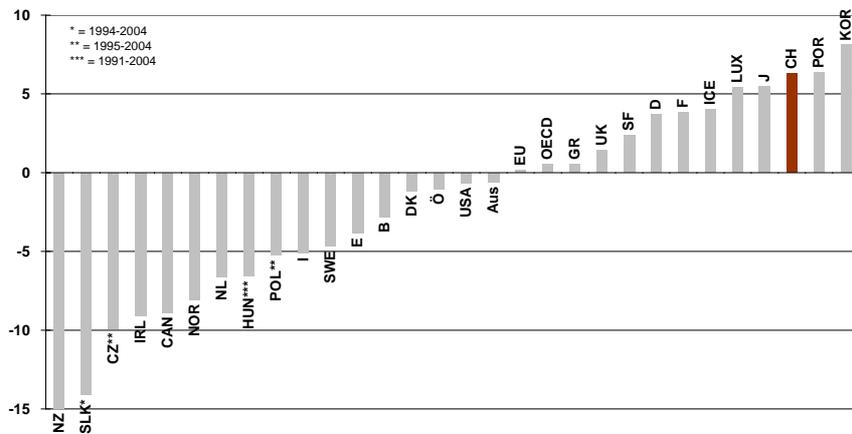


Quelle: Synthesbericht Energieperspektiven UVEK, Jan. 2007

© economieuisse 01.05.2007 Seite 7

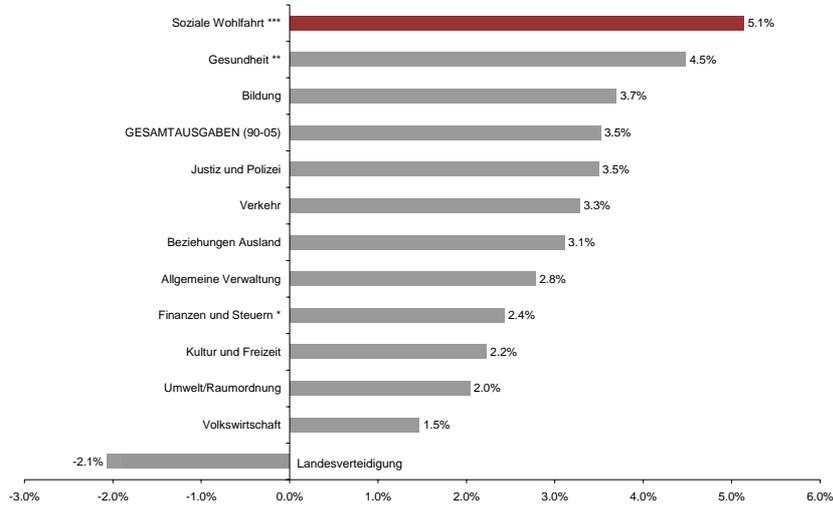
Folie 7: Entwicklung der Staatsquote im Vergleich mit anderen OECD-Ländern

1990 bis 2004, in BIP-Prozent-Punkten



© economieuisse 01.05.2007 Seite 8

Folie 8: Ausgabenwachstum pro Aufgabengebiet durchschnittliches jährliches Wachstum, 1990 bis 2004

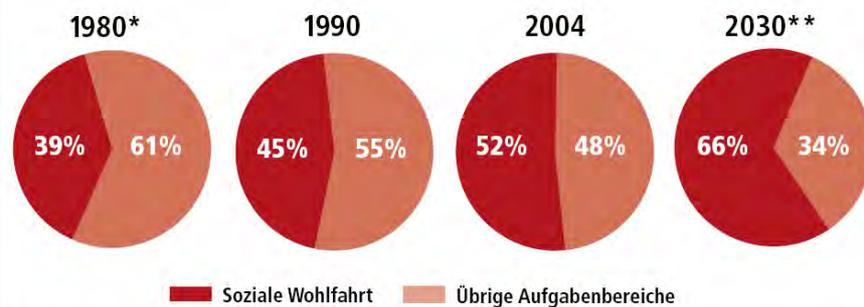


Quellen: aufgrund EFD, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2004;
BSV, Sozialversicherungsstatistik 2005

© economieuisse 01.05.2007 Seite 9

Folie 9: Sozialausgaben verdrängen andere Staatsaufgaben

KONSOLIDIERTE AUSGABEN VON BUND, KANTONEN, GEMEINDEN UND SOZIALVERSICHERUNGEN

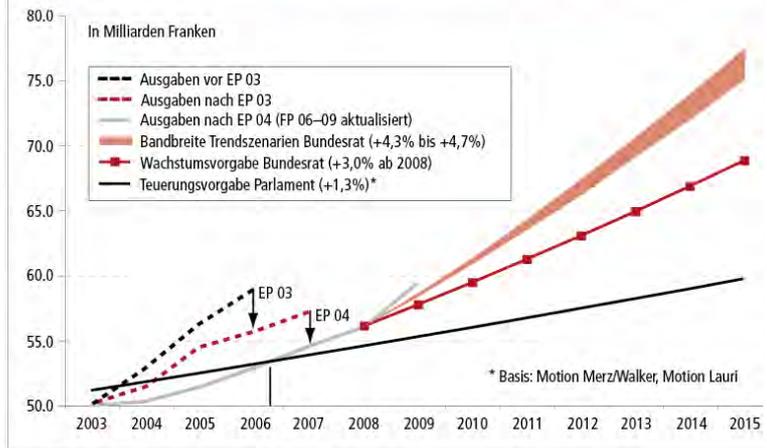


Quellen: EFV, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2004; BSV, Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2006.
* eigene Schätzung; ** eigene Schätzung, gemäss Trend 1990–2004

© economieuisse 01.05.2007 Seite 10

Folie 10: Handlungsbedarf für Strukturreformen

ENTWICKLUNG DER AUSGABEN IM BUNDESHAUSHALT, 2003–2015

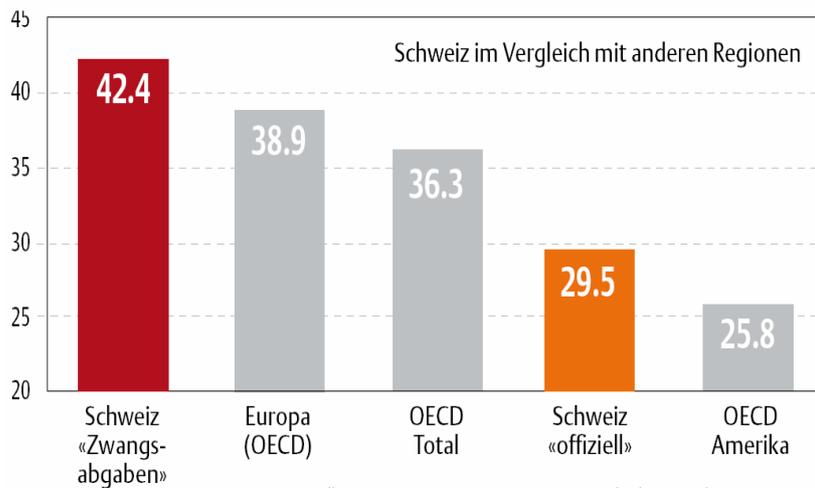


Quellen: Staatsrechnungen; aktualisierter FP 2007–2009; EFD-Medienmitteilung vom 26. April 2006 zum Aufgabenportfolio.

© economieuisse 01.05.2007 Seite 11

Folie 11: Fiskalquote 2003

Ist die Schweiz wirklich ein „Steuerparadies“?

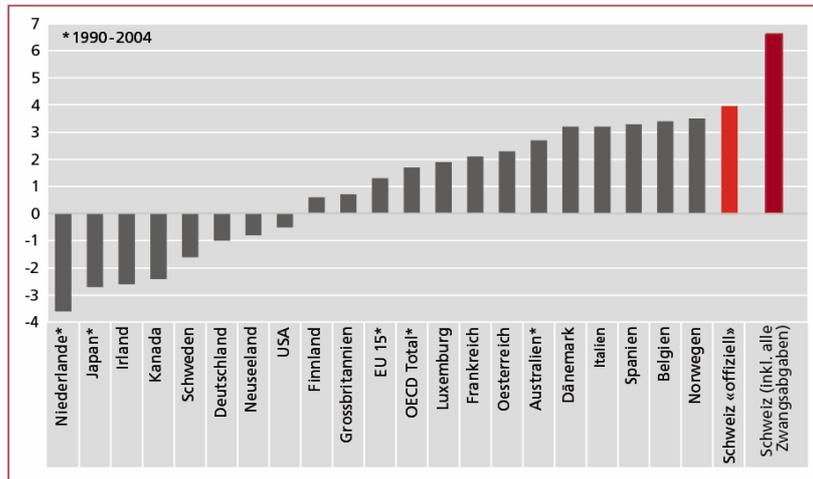


Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965–2004 und Eidg. Finanzdepartement, 2005

Quellen: KPMG, Ernst & Young/ZEW, ESTV, economieuisse

© economieuisse 01.05.2007 Seite 12

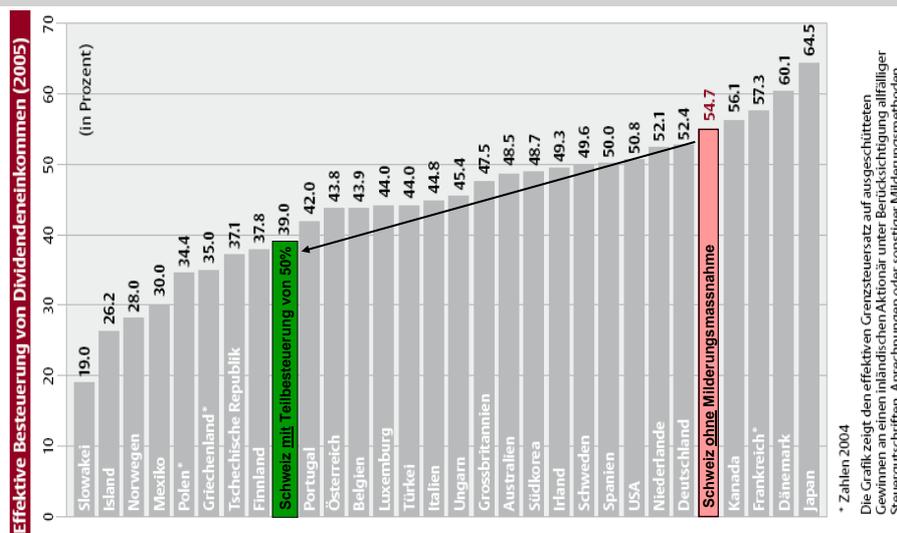
Folie 12: Entwicklung der Fiskalquote 1990 bis 2005



Quelle: EFD 2006

© economieuisse 01.05.2007 Seite 13

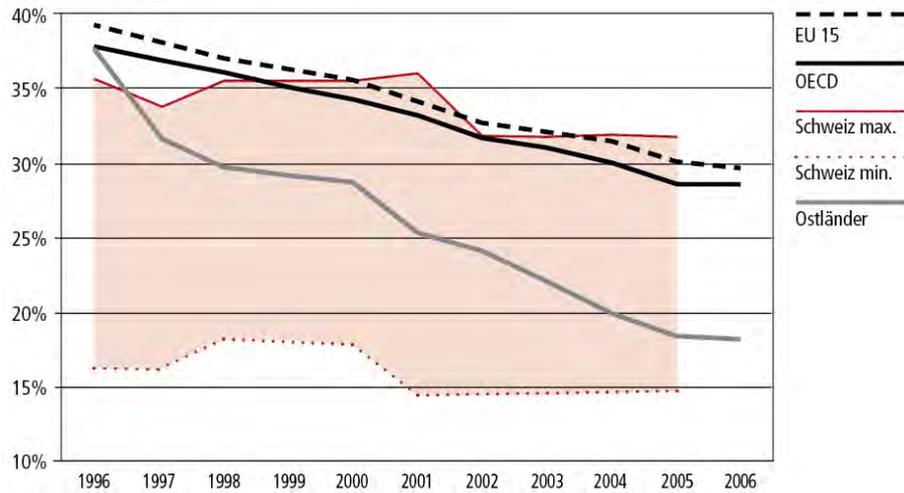
Folie 13: Effektive Besteuerung der Dividenden (2005) CH günstig, falls Einführung 50%-Teilbesteuerung (ZH)



Quellen: OECD, Recent Experiences of OECD Countries with Tax Reform, 2005; economieuisse

© economieuisse 01.05.2007 Seite 14

Folie 14: Entwicklung der Gewinnsteuersätze (1996-2006)
 CH dank Steuerwettbewerb noch attraktiv



Quellen: KPMG, Ernst & Young/ZEW, ESTV, economieuisse

© economieuisse 01.05.2007 Seite 15

Folie 15: Wettbewerbsfähigkeit 2006

IMD-Ranking

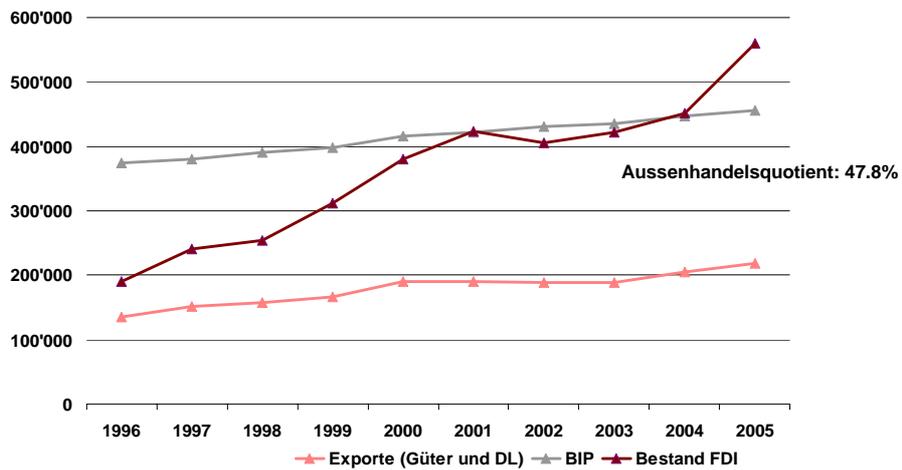
- 1 USA
- 2 Hongkong
- 3 Singapur
- 4 Island
- 5 Dänemark
- 6 Australien
- 7 Kanada
- 8 Schweiz**
- 9 Luxemburg
- 10 Finnland

WEF-Ranking

- 1 Schweiz**
- 2 Finnland
- 3 Schweden
- 4 Dänemark
- 5 Singapur
- 6 USA
- 7 Japan
- 8 Deutschland
- 9 Niederlande
- 10 Grossbritannien

© economieuisse 01.05.2007 Seite 16

Folie 16: Entwicklung der schweizerischen Exporte und Direktinvestitionen in Millionen CHF



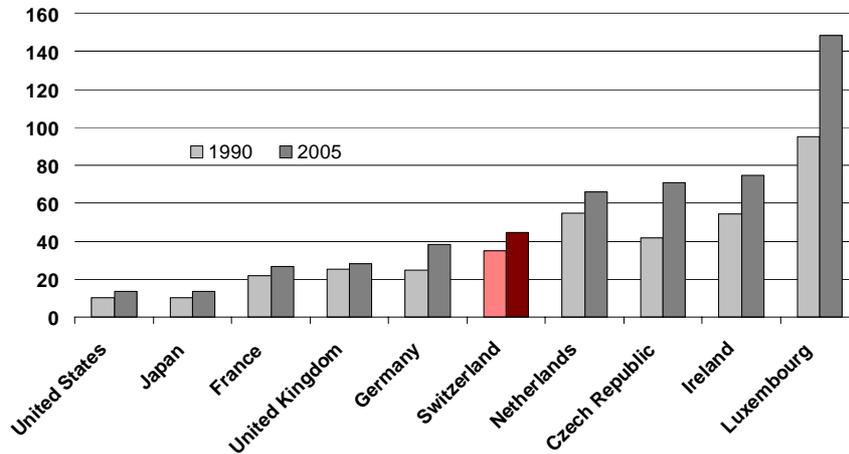
Folie 17: Globalisierungsindex 2006

A.T. Kearney / Foreign Affairs

Ranking

1	Singapur
2	Schweiz
3	USA
4	Irland
5	Dänemark
6	Kanada
7	Niederlande
8	Australien
9	Österreich
10	Schweden

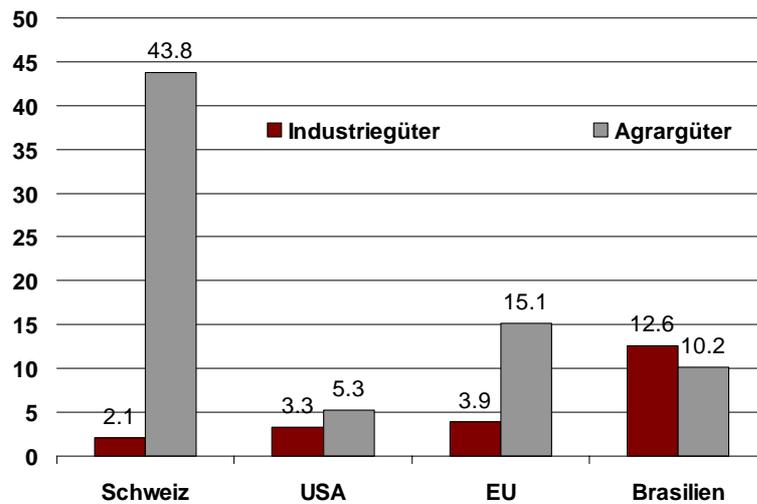
Folie 18: Waren- und Dienstleistungshandel in % des BIP in ausgewählten OECD-Staaten



Quelle: OECD Factbook 2007

© economieuisse 01.05.2007 Seite 19

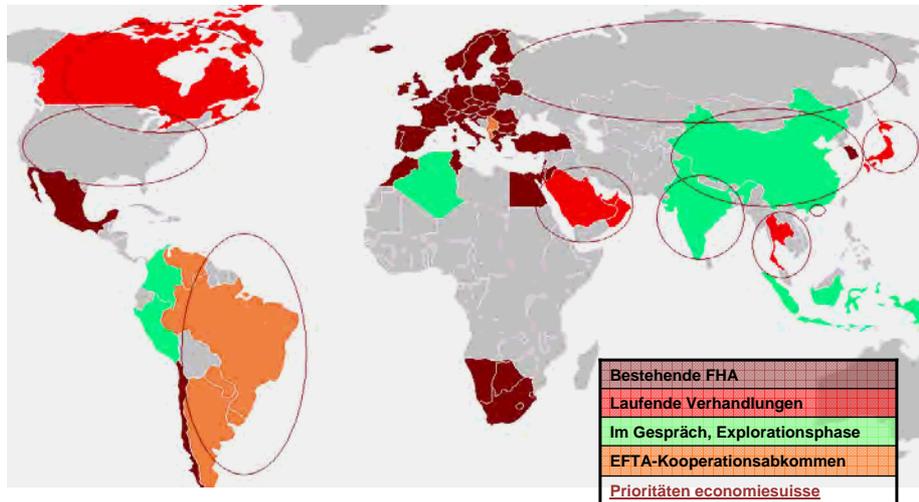
Folie 19: Durchschnitt der angewendeten Zölle in % Jahr 2006



Quelle: WTO 2007

© economieuisse 01.05.2007 Seite 20

Folie 20: Freihandelsabkommen der EFTA/Schweiz



© *economiesuisse* 01.05.2007 Seite 21

Sperrfrist 2. Mai 2007
10.00 Uhr



Frühjahrs-Medienkonferenz
Mittwoch, 2. Mai 2007

Es gilt das gesprochene Wort

So gewinnt die Schweiz

Zentrale wirtschaftspolitische Postulate für die kommende Legislatur

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Wirtschaft ist in voller Fahrt. Unser Land verzeichnet nun schon seit 2004 reale Wachstumsraten von zwei bis drei Prozent. So günstig war die Konjunktorentwicklung seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr. Im letzten Jahr wurden in der Schweiz 50'000 neue Arbeitsplätze (Vollzeitäquivalente) geschaffen. Das Wachstum ist breit verteilt. Hinter diesem stehen kleine, mittlere und grosse Unternehmen.

Wir rechnen mit einer anhaltend günstigen konjunkturellen Entwicklung für die Schweiz. Zwar wird sich das Wachstum in den USA abschwächen – und sich der Rate des Potenzialwachstums von 2,5 Prozent nähern –, aber die Entwicklung in Europa, Japan und Asien bleibt kräftig. Im Binnenmarkt bleibt der private Konsum eine starke Stütze des Wachstums. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird sich das Wachstum halten. Die Dynamik bei den Bauinvestitionen wird dagegen zurückgehen. Die Exporte werden erneut kräftig über dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum liegen. Das breit abgestützte Wachstum in unserem Land wird erfreulicherweise begleitet von stabilen Preisen, einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, öffentlichen Haushalten in den schwarzen Zahlen und einem rekordhohen Ertragsbilanzüberschuss.

Selbstverständlich bestehen nach wie vor auch Risiken, die laufend zu überwachen sind. Ich denke insbesondere an die Entwicklung der Energiepreise, Turbulenzen auf den Finanzmärkten oder geopolitische Verwerfungen.

Trotzdem: **Sowohl die aktuelle Lage als auch der Ausblick sind erfreulich.** Von der wirtschaftlichen Prosperität profitiert das ganze Land. **Wachstum ist der Schlüssel für Wohlstand und für die Finanzierung unserer Sozialwerke sowie einen vergleichsweise hohen Umweltstandard.** Der wirtschaftliche Erfolg kommt jedoch nicht von ungefähr. Er basiert neben der positiven weltwirtschaftlichen Entwicklung auf der Durchsetzung der Kernelemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Das sind

Schutz des Eigentums, Rechtssicherheit, Wettbewerb, solide Finanzen, genügend Leistungsanreize und eine tiefe Inflation.

Der wirtschaftliche Erfolg ist jedoch nicht einfach garantiert. Die Unternehmen müssen sich laufend den Märkten anpassen. Das Gleiche gilt für die Staaten im internationalen Wettbewerb. Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind darum unerlässlich. **Die Reformbereitschaft in unserem Land darf trotz guter Konjunktur nicht erlahmen.** Wir sollten die gute wirtschaftliche Situation für die anstehenden marktwirtschaftlichen Reformen nutzen. Im internationalen Quervergleich steht die Schweiz gut da. Die Herausforderungen für unser Land bleiben vor allem auch deshalb gross, weil die EU als Hauptabsatzmarkt strategisch auch künftig eine Zone unterdurchschnittlichen Wachstums bleiben dürfte.

economiesuisse würde daher ein weiteres Wachstumsprogramm des Bundesrats, das klare marktwirtschaftliche Reformmassnahmen vorschlägt und sich nicht in wenig substanziellen Details verliert, sehr begrüssen.

An der heutigen Medienkonferenz konzentrieren wir uns auf die zentralen wachstumspolitischen Postulate. In der kommenden Legislatur sind **Reformen** in den folgenden Bereichen nach unserer Auffassung **vordringlich**.

Die fünf Wachstumspfeiler:

- 1 Bildung und Forschung: Mehr Mittel und Effizienz, bessere Koordination**
(BFI-Botschaft, Hochschulrahmengesetz, Technologietransfer)
- 2 Energie und Umwelt: Auf Marktkräfte setzen**
(Klimaschutz mit Technologie und Marktwirtschaft, Strommarktöffnung, Stromversorgung sichern)
- 3 Finanzen und Steuern: Standortvorteile laufend verbessern**
(Ausgabenpolitische Strukturreformen, Steuerwettbewerb, USTR II, Reduktion der Gewinnsteuer beim Bund, Mehrwertsteuer, weitere Reformen)
- 4 Wettbewerbspolitik: Öffnung der Märkte**
(Cassis de Dijon, Agrarmarkt, Postmarktreform, Bürokratieabbau, Beschleunigung der Bewilligungsverfahren, Abbau staatlich regulierter Preise, mehr Markt im Gesundheitswesen)
- 5 Aussenwirtschaftspolitik: Alle Spielräume nutzen**
(Bilaterale, WTO, Freihandelsabkommen)

Nur so kann die Schweiz auch weiterhin eine Spitzenposition unter den Industrienationen behalten und das notwendige Wirtschaftswachstum generieren. Sicher ist: Wachstum bleibt zentral. Das schliesst jedoch auch die Verantwortung gegenüber unserer Umwelt mit ein. Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit sind aus meiner Sicht kein Gegensatz. Erfolgreiches Wirtschaften bildet sogar die Voraussetzung für ökologischen Fortschritt.

Ich habe schon bei meiner ersten Medienkonferenz als Präsident von economiesuisse betont, dass ich **economiesuisse als positive Reformkraft positionieren** möchte. Deshalb stellen wir die heutige Pressekonferenz unter das Motto „So gewinnt die Schweiz“. **Marktwirtschaftliche Reformen stärken unser Land und verbessern unsere Chancen im internationalen Wettbewerb.**

So gewinnt die Schweiz.

- **Patrick Odier, Vizepräsident von economiesuisse**, wird sich nun zu Fragen der Nachhaltigkeit und zur Energiepolitik äussern: „Énergie et environnement: rester en tête du peloton, mais éviter le cavalier seul.“
- **Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economiesuisse**, erläutert unsere aussenpolitische Position: „Mit der EU und der ganzen Welt verbunden.“

Patrick Odier und Rudolf Ramsauer haben die Wachstumspfeiler „Energie und Umwelt“ sowie „Aus-senwirtschaft“ beleuchtet. Gestatten Sie mir nun noch einige zentrale Bemerkungen zu „Bildung und Forschung“, „Finanzen und Steuern“ sowie „Wettbewerbspolitik“.

Bildung und Forschung: Mehr Mittel und Effizienz, bessere Koordination

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft gehen grundsätzlich mit Innovation sehr gut um. Die Schweiz belegt auf dem jüngsten Innovationsscorebord der EU den zweiten Platz. Selbstverständlich sind in einem marktwirtschaftlichen System die primären Träger von Innovation Unternehmer und Unternehmen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Innovation ist nicht das Ergebnis einer staatlich gelenkten Technologie- und Innovationspolitik. Zu einem innovationsfreundlichen Klima trägt staatliche Zurückhaltung bei Regulierungen bei. Nur so können sich gerade KMU positiv entfalten. Bürokratie bremst den Innovationsprozess.

Innovation ist aber auch auf Bildung und Forschung angewiesen. **Deshalb tritt die Wirtschaft mit Nachdruck für ein leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem ein.** Dafür müssen genügend finanzielle Mittel vorhanden sein. Die 21,2 Mrd. Franken der BFI-Botschaft und die jährliche Wachstumsrate von sechs Prozent sind ein deutliches Zeichen für die Priorisierung von Bildung und Forschung. economiesuisse hat darum beschlossen, den Bundesrat bei der BFI-Botschaft zu unterstützen. Der Mitteleinsatz ist zwingend erforderlich, damit die Schweiz ihren guten Platz in der globalen Wissensgesellschaft halten kann. (Folie 1: Ausgaben F+E international 2004 % des BIP)

Allerdings ist der Mitteleinsatz nur das eine. **Die finanziellen Mittel müssen auch richtig eingesetzt werden. Sie müssen in jenen Bereichen eingesetzt werden, wo die grössten Impulse erwartet werden können:** Berufsbildung, angewandte Forschung und Entwicklung, Hochschulen und Grundlagenforschung in den für die Volkswirtschaft zentralen Disziplinen. Wir können nicht alles tun. Damit der Mitteleinsatz gezielt erfolgt, sind strukturelle und organisatorische Anpassungen unerlässlich. Das Hochschulrahmengesetz ist raschmöglichst zu realisieren. Besonders wichtig scheinen uns die Förderung der Naturwissenschaften und die forcierte Ausbildung bei den technischen Berufen. Auch die Berufsbildung darf nicht vernachlässigt werden.

Damit Bildung und Forschung auf einen fruchtbaren Boden fallen, ist aber auch das Umfeld zentral. Es braucht eine Gesellschaft, die offen ist für Neues. Wir tendieren dazu, völlig überhöhte und selektive Risiken zu sehen und die Chancen von Neuem unter den Tisch zu wischen. Und es ist darauf hinzuweisen, dass Bildung und Forschung langfristige Prozesse sind, die auf die Verlässlichkeit des Mittel-flusses zählen müssen. Ein Hüh und Hott ist bei Bildung und Forschung sinnlos.

Finanzen und Steuern: Standortvorteile laufend verbessern

Im internationalen Standortwettbewerb sind Finanzen und Steuern nach wie vor ein zentraler Faktor. (Folie 8: Ausgabenwachstum pro Aufgabengebiet) economiesuisse hat sich deshalb in der Vergangenheit stets mit Nachdruck für eine Sanierung der Bundesfinanzen eingesetzt. Wenn die Bundesfinanzen

vorläufig im Lot sind, dann hat dies auch mit unserem steten Druck zu tun. Allerdings ziehen bereits wieder die nächsten Gewitterwolken auf. Die gegenwärtig gute Finanzlage droht bereits da und dort die finanzpolitische Disziplin zu durchlöchern. Das dynamische Wachstum des Sozialbereichs verdrängt andere Bundesaufgaben immer mehr. (Folie 9: Sozialaufgaben verdrängen andere Staatsaufgaben) **Diese Entwicklung muss daher mit tief greifenden Strukturreformen und einer unvoreingenommenen Aufgabenprüfung angegangen werden.** Darin sehen wir finanzpolitisch eine der Hauptaufgaben der kommenden Legislatur.

In der Steuerpolitik konnte mit der Unternehmenssteuerreform II ein wichtiger Schritt zur Entlastung der KMU unternommen werden. De facto haben bereits sämtliche Industrienationen eine Entlastung bei der Gewinnbesteuerung eingeführt. (Folie 13: Effektive Besteuerung der Dividenden (2005)) Die Vorlage entschärft nicht nur die Doppelbesteuerung von Gewinnen bei Aktiengesellschaften und Aktionären. Sie bietet auch für Personengesellschaften eine ganze Reihe wichtiger Verbesserungen. Das Referendum der Linken ist ideologisch motiviert. So versucht die SP gegen „Grossaktionäre“ Stimmung zu machen, in der Realität wird die Vorlage jedoch Unternehmer, Personengesellschaften, Familiengesellschaften und KMU in allen Regionen und Branchen stärken. Dadurch entstehen Arbeitsplätze und Wachstum. economiesuisse wird sich zusammen mit einer breiten Allianz mit Nachdruck für die Vorlage einsetzen. Erfreut sind wir auch über die Lösung des Problems der indirekten Teilliquidation. Sie liegt im Interesse der Nachfolgeplanung bei Unternehmen.

Steuerreformen müssen angesichts des harten internationalen Standortwettbewerbs eine Daueraufgabe bleiben. Die eingeleitete Vereinfachung der Mehrwertsteuer muss die Unternehmen administrativ entlasten und sollte das Ziel eines Einheitssteuersatzes nicht aus den Augen verlieren. Wir betrachten die Bemühungen für eine möglichst weitgehende Annäherung an eine für die Unternehmen neutrale Konsumsteuer als richtig und werden sie unterstützen. Nur so kann unser Land im internationalen Standortwettbewerb einen Spitzenplatz behalten. **Als Nicht-EU-Land sind wir souverän und sollten unsere steuerpolitischen Freiräume auch weiterhin nutzen.** Zum Beispiel ist der aktuelle Reformprozess in den Kantonen sehr zu begrüßen. **Angesichts der deutlichen Absenkung der Gewinnsteuersätze auf internationaler Ebene ist auch eine spürbare Reduktion der Gewinnsteuer in der Schweiz angesagt.** Dabei ist die Position je nach Kanton unterschiedlich (Folie 14: Entwicklung der Gewinnsteuersätze 1996-2006). Um ihre traditionelle Spitzenposition im Bereich der Gewinnsteuer verteidigen, bzw. ausbauen zu können, ist Handlungsbedarf sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen gegeben. Das haben wir bereits vor zwei Jahren in unserer Studie zum internationalen Steuerwettbewerb klar dargelegt. Im Bereich der Substanzsteuern (Emissions- und Umsatzstempel) ist ebenfalls Handlungsbedarf vorhanden. Zudem soll bei der Bundessteuer der natürlichen Personen die Erwerbstätigkeit von verheirateten Paaren erleichtert werden.

Insgesamt zeigt sich, dass der Steuerwettbewerb die notwendigen Impulse gibt, um die Konkurrenzfähigkeit ständig zu verbessern. Was international gilt, gilt auch für die Schweiz. Steuerwettbewerb ist und bleibt ein Modell mit Zukunft. Vereinheitlichung führt letztlich zu einer Vereinheitlichung nach oben. Der Druck auf die Effizienz geht verloren. Steuererhöhungen sind die Folge. Das wird auch die Konsequenz der von der SP im Wahljahr lancierten Steuerharmonisierungs-Initiative sein. Die Initiative will den Steuerwettbewerb einschränken. Die Steuerharmonisierungs-Initiative ist unweigerlich eine Steuererhöhungs-Initiative.

Mit Blick auf verschiedene Übernahmen, bzw. Übernahmeveruche von Schweizerischen Unternehmen durch ausländische Gesellschaften muss die **Transparenz im Rahmen der anstehenden Revision des Börsengesetzes verbessert werden.** Wir wollen keinen Heimatschutz betreiben, sondern im Interesse der Unternehmen und der Aktionäre eine Angleichung an bewährte internationale Standards.

Im Zusammenhang mit der häufig diskutierten **Frage der Corporate Governance** dürfen wir festhalten, dass die Schweiz gemäss internationalen Studien – dank des von der Wirtschaft selbst erarbeiteten **Swiss Codes** – einen Spitzenplatz belegt. Bezüglich der Frage der Entschädigungen konzentrieren wir uns auf Verbesserungen der Bestimmungen im genannten Swiss Code. Für mich persönlich stehen in dieser Frage folgende vier Prinzipien im Vordergrund:

1. Absolute Transparenz der Verfahren
2. Variabilität der Boni in beide Richtungen
3. Keine goldenen Fallschirme
4. Unabhängigkeit der Kompensationsausschüsse

Wettbewerbspolitik: Marktöffnung weiter vorantreiben

Offene Märkte bleiben eine Priorität von economiesuisse. Nur so kann die erwünschte Konkurrenz geschaffen werden. Sie generiert mehr Innovation, tiefere Preise und mit einer grösseren Vielfalt an Produkten und Dienstleistungen auch bessere Qualität. Dies ist unsere Grundposition. Im Einzelnen stehen für uns folgende Postulate im Vordergrund:

1. Die Wirtschaft tritt mit Entschiedenheit für die **Beseitigung von Handelshemmnissen mit der Einführung des „Cassis-de-Dijon“-Prinzips** ein. Allerdings dürfen die inländischen Produzenten nicht diskriminiert werden, auch jene nicht, die nur für den Binnenmarkt produzieren. Nach wie vor behindern Sondervorschriften den Marktzugang. Auf Sondervorschriften muss gegenüber der EU konsequent verzichtet werden.
Die Abschaffung von Sondervorschriften öffnet den Schweizer Markt, Harmonisierungen und vertragliche Vereinbarungen sichern auch den Zugang für Schweizer Exportprodukte.
2. Der Staat greift in der Schweiz massiv in die Preisbildung ein. Weniger staatlich regulierte Preise heisst mehr Wettbewerb. Dies gilt bei den Post- und TV-Gebühren, bei Preisstützungen im Landwirtschaftsbereich, aber auch bei staatlichen Gebühren. Allein die Gebühren für staatliche Dienstleistungen haben sich von 1990 bis 2004 verdoppelt. Für Gebühren aller Art zahlen die Schweizerinnen und Schweizer 10,5 Mrd. Franken mehr. **Die Belastungen von Unternehmen und Konsumenten durch diese Kosten wachsen weit stärker als die übrigen Preise.** Die Hochpreisinsel lässt grüssen. Eine Trendwende bei den staatlich regulierten Preisen ist nicht erkennbar.
3. Im Vergleich zu Europa ist die Öffnung des Postmarkts im Hintertreffen. Die Kosten für den überfinanzierten Universaldienst zahlen Jahr für Jahr die Konsumenten. **Die rasche Öffnung des Postmarkts wäre ein echter Beitrag zur Senkung der Preise.** Die Grundversorgung wäre keineswegs gefährdet, zeigt doch die Post gerade in diesem Bereich ein positives Ergebnis.
4. Einen wichtigen Beitrag muss auch eine effiziente Gesundheitspolitik dank Wettbewerb im Spitalmarkt leisten. Spitäler sind bezüglich Infrastruktur und Kosten der wichtigste Bereich im Gesundheitswesen. **Ein starkes, innovatives und effizientes Gesundheitswesen ist ein wichtiger Standortfaktor.** Im zentralen Infrastrukturbereich der Spitäler braucht es mehr Wettbewerb. Die Planwirtschaft der Kantone im Spitalbereich führt in eine Sackgasse, darum braucht es einen echten Reformschritt. Wir plädieren für den Spitalbinnenmarkt Schweiz, auf dem medizinische Qualität und Kosten verglichen werden können.
5. Jeder Markt braucht Spielregeln. Das ist völlig klar. Marktöffnung ist deshalb nicht immer gleichzusetzen mit dem Abbau von Gesetzen. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ist jedoch ganz entscheidend auch von der Regulierung abhängig. So ist beispielsweise die Dauer von Bewilligungsverfahren ein wichtiger Faktor der Standortattraktivität.

Die Liste zeigt, dass das Potenzial für Marktöffnungen in unserem Land beträchtlich ist. Neben dem Wettbewerb ist auch der Schutz des geistigen Eigentums ein zentrales Element einer innovativen Marktwirtschaft. Und in der heutigen Wissensgesellschaft ist der Patentschutz ein wichtiges Element im Standortwettbewerb. **Der Patentschutz darf jedoch nicht zu einer missbräuchlichen Abschottung von Märkten führen.** Solche Missbräuche sollen mit dem Kartellgesetz bekämpft werden. Die Einführung der regionalen Erschöpfung soll trotz bekannter Probleme nochmals geprüft werden.

Wir sind der festen Überzeugung, dass unser Land die gute wirtschaftliche Situation nutzen muss, um die notwendigen marktwirtschaftlichen Reformen anzupacken. Als Dachverband der Schweizer Wirtschaft, der KMU und Global Players vereint, werden wir entschieden am Ball bleiben. Der Erfolg der Schweiz basiert wesentlich auf dem Zusammenspiel von international orientierten Grossunternehmen und KMU, sowie vom Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz. Unser Engagement für das wirtschaftliche Wachstum ist ein Beitrag für das Wohl des Landes. So gewinnt die Schweiz. Auch in Zukunft.

Nun noch eine personelle Bemerkung: Ein Dachverband der Wirtschaft wie economiesuisse braucht einen ausgewiesenen Chefökonom. Herr **Dr. Rudolf Walser** hat diese Funktion hervorragend ausgeführt, wird aber Ende September in Pension gehen. Ein besonderer Dank gebührt ihm für die einjährige Verlängerung seiner Tätigkeit.

Sein Nachfolger ist **Prof. Dr. Rudolf Minsch**. Herr Minsch ist derzeit Professor für Volkswirtschaftslehre und angewandte Statistik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Chur und Leiter des Kompetenzzentrums „Makromodelle“ am Forschungsinstitut für Empirische Ökonomie und Wirtschaftspolitik an der Universität St. Gallen. Er wird seine Tätigkeit bei economiesuisse am 1. Oktober 2007 aufnehmen.

**Sperrfrist 2. Mai 2007
10.00 Uhr**



Frühjahrs-Medienkonferenz
Mittwoch, 2. Mai 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Mit der EU und mit der ganzen Welt verbunden

Dr. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Aussenwirtschaftspolitik ist und bleibt eine der Kerndomänen von economiesuisse. Die Bedingungen, unter denen Unternehmen grenzüberschreitende Waren-, Dienstleistungs- und finanzielle Transaktionen vornehmen und Investitionen tätigen können, sind für eine global orientierte Volkswirtschaft von vitaler Bedeutung. Dass die Schweiz eine besonders global ausgerichtete Wirtschaft hat, ist ein Gemeinplatz. Lassen Sie mich dieses Faktum gleichwohl anhand von zwei Zahlenverhältnissen verdeutlichen: (Folie 16: Entwicklung der schweizerischen Exporte und Direktinvestitionen)

- Der Stand schweizerischer Direktinvestitionen im Ausland ist im Verhältnis zum BIP von 26 Prozent im Jahr 1988 auf 123 Prozent im Jahr 2005 angewachsen.
- Die Anzahl von Arbeitsplätzen schweizerischer Firmen im Ausland im Verhältnis zur Beschäftigung im Inland (Beschäftigungsquote) hat von 25 Prozent im Jahr 1988 auf 50 Prozent im Jahr 2005 zugenommen (in absoluten Zahlen sind dies etwa zwei Millionen Jobs).

Die Bedeutung der sogenannten multinationalen Unternehmen für die Schweizer Wirtschaft ist in kürzlichen Studien von Accenture und der Swiss American Chamber of Commerce in Zusammenarbeit mit Boston Consulting zusätzlich unterlegt worden.

Skeptiker der Globalisierung behaupten immer wieder, die Expansion im Ausland gehe auf Kosten der Beschäftigung im Inland (Substitutionshypothese). Die empirische Evidenz spricht dagegen. Die Auslagerung nicht mehr konkurrenzfähiger Arbeitsprozesse innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette ins Ausland hilft vielmehr, konkurrenzfähige Arbeitsprozesse im Inland zu erhalten respektive durch Neuansiedlungen in die Schweiz zu holen (Komplementaritätshypothese). Als kleine offene Volkswirtschaft gehört die Schweiz bislang zu den Gewinnern der Globalisierung. Eine kluge Aussenwirtschaftspolitik ist darum Voraussetzung, damit dies auch in Zukunft möglich ist.

Die Schweiz wird sich in oberster Priorität für die weitere Liberalisierung und die Schaffung effizienter Regeln auf multilateraler Ebene einsetzen müssen. economiesuisse unterstützt folglich auch ohne

Wenn und Aber die Doha-Verhandlungen im Rahmen der WTO. Wir sind besorgt über den schleppenden Verlauf, ja die faktische Suspendierung der WTO-Verhandlungen. Die absehbare Abkühlung der Weltkonjunktur, zunehmende Risiken auf den Finanzmärkten und gewisse protektionistische Tendenzen in den USA und anderswo werden ein ambitioniertes Ergebnis der Doha-Runde nicht erleichtern.

Realistischerweise darf deshalb die Schweiz nicht ausschliesslich auf die Karte WTO setzen. (Folie 20: Freihandelsabkommen der EFTA/Schweiz) In der Konzeption seiner Aussenwirtschaftspolitik misst der Bundesrat dem Ausbau der bilateralen Freihandelsbeziehungen zu Recht grosse Bedeutung zu. *economiesuisse* hat dies vom Bundesrat auch gefordert, wohl wissend, dass ein komplexes Netz von Freihandelsabkommen für die Unternehmen eine grössere Herausforderung ist als multilaterale Regeln. Dennoch darf die Schweiz hier nicht in Rückstand geraten, will sie einer relativen Verschlechterung des Wirtschaftsstandorts zuvorkommen. Ob solche Abkommen im Rahmen der EFTA oder – wo dies nicht möglich ist – im Alleingang vereinbart werden, ist letztlich von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist der Zeitfaktor.

Aufgrund der Bedeutung der Märkte und des Diskriminierungspotenzials haben wir folgende Prioritäten für die Schweizer Wirtschaft bestimmt: Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada, Japan, den BRIC-Staaten (Brasilien, inkl. Mercosur, Russland, Indien, China) sowie Thailand und dem Golfkooperationsrat.

Das Freihandelsprojekt mit den USA ist im ersten Anlauf kläglich gescheitert. Inzwischen haben die Amerikaner ein Freihandelsabkommen mit Südkorea ausgehandelt. Dies zeigt, dass es durchaus möglich ist, mit den USA auch im Agrarbereich sinnvolle Lösungen zu finden. Der Moment ist deshalb gekommen, da die Schweiz einen zweiten Anlauf unternehmen muss. Der Bundesrat sollte Washington ein klares Zeichen geben, dass er bereit ist, das Gespräch über Freihandelsverhandlungen ernsthaft aufzunehmen. Der Abschluss des EFTA-Abkommens mit Kanada ist überfällig. Sehr ermutigend ist die Aufgleisung von Verhandlungen mit Japan. Und die positiven Äusserungen des indischen Handelsministers bei seinem kürzlichen Besuch in der Schweiz haben die Perspektive einer Öffnung dieses zukunftssträchtigen, sehr dynamischen Wachstumsmarktes Indien eröffnet. Unsere Behörden und Unterhändler können auf die volle Unterstützung von *economiesuisse* zählen.

Der Blick auf die Exportstatistik zeigt, was auf dem Spiel steht. Selbstverständlich bleibt die EU mit gut 60 Prozent Exportanteil unser wichtigster Handelspartner. Das Wachstum unserer Ausfuhren in aussereuropäische Märkte wie China, Indien, Korea, Brasilien, aber auch USA und die GUS-Staaten liegt jedoch deutlich über demjenigen in die EU.

Da die EU aber der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz ist, bleibt die Europapolitik im Zentrum der aussenwirtschaftlichen Bestrebungen von *economiesuisse*. Mit den zäh ausgehandelten und vom Volk demokratisch legitimierten bilateralen Verträgen konnten die wichtigsten Anliegen der Wirtschaft erfüllt werden. So wäre der Mangel an Fachkräften in der Schweiz ohne die Personenfreizügigkeit wesentlich gravierender, und auch unser Wirtschaftswachstum wird von der Personenfreizügigkeit beeinflusst. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, dass sich der bilaterale Weg bewährt hat. Im Vordergrund stehen nun – wo noch nötig – die Ratifizierung und die Umsetzung der bestehenden Abkommen. Ein EU-Beitritt ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Mit einem Beitritt verbundene Effizienzgewinne würden durch die zahlreichen Nachteile (Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen. Wir verkennen dabei keineswegs, dass der bilaterale Weg nicht einfach ist und störungsanfällig sein kann. Eine 27 Mitglieder zählende EU wird die Sache auch nicht einfacher machen. Aber die pragmatische bilaterale Zusammenarbeit ist zurzeit der einzig mögliche Weg. Auch als Mitglied der EU kämen wir um beiharte Verhandlungen nicht herum.

Lassen Sie mich noch etwas zur aufgeflamnten Steuerrdiskussion mit der EU sagen: Wir gehen mit dem Bundesrat einig, dass das Freihandelsabkommen Schweiz – EWG von 1972 keine rechtliche Grundlage bildet, um Forderungen im Steuerbereich zu begründen. Es gibt deshalb nichts zu verhandeln, wohl aber besteht Erklärungsbedarf. Dass die Schweiz die fiskalischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen angesichts des internationalen Steuerwettbewerbs laufend überprüft und optimiert, ist selbstverständlich, dies aber autonom und in eigener Souveränität.

„Mit der EU und mit der ganzen Welt verbunden“: Das ist eine starke Vision für unseren global ausgerichteten Wirtschaftsstandort. Die Schweiz, fest verankert in der WTO, mit weitestgehend offenem Marktzugang in Europa und Freihandel mit wichtigen überseeischen Partnern (dazu gehören die USA und Japan): das wäre eine faszinierende Perspektive.

Frühjahrs-Medienkonferenz

Mittwoch, 2. Mai 2007

Es gilt das gesprochene Wort

Energie und Umwelt: Spitzenreiter bleiben, aber nicht im Alleingang

Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaschutz unter einen Hut bringen

Patrick Odier, Vizepräsident von economisesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Wie lassen sich die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aspekte der menschlichen Aktivitäten ins Gleichgewicht bringen? Das ist die Kernfrage der nachhaltigen Entwicklung, die heutzutage, wo Klimaentwicklung und Energieversorgung im Rampenlicht stehen, wieder hochaktuell geworden ist.

Leider sucht man häufig lieber nach Sündenböcken, statt ein Gleichgewicht anzustreben, oder man erweckt den Eindruck, dass eines der drei Gebiete gegenüber den anderen Vorrang hat. Sogar das alte Klischee, wonach Wirtschaft und Umwelt Rivalen sind, taucht wieder auf – eine enge und völlig überholte Auffassung.

Im Grunde verfolgen Wirtschaft und Ökologie das gleiche Anliegen: Wie geht man mit den begrenzt vorhandenen Ressourcen am besten um? Unternehmen und Marktinstrumente müssen eine Schlüsselrolle spielen, um die Klimaerwärmung zu bekämpfen und um auf die wachsende Nachfrage nach natürlichen Ressourcen und Energie zu reagieren. Wo einige eine Gefahr orten, sehen wir einen enormen Innovationsanreiz, um alternative Lösungen zu finden.

Die Erhaltung der natürlichen Ressourcen könnte sich sogar zu einer kräftigen Wachstumsquelle entwickeln, welche für ein hohes Umweltschutzniveau unverzichtbar ist. Am besten geht es der Umwelt nämlich in den entwickelten Ländern.

Die Wirtschaft hat keine Angst vor Energiesparen oder vor CO₂-Reduktionen, aber sie misstraut übertriebenen und unrealistischen Forderungen und ist besorgt über die Unschlüssigkeit in der Stromversorgungsfrage, die für Unternehmen einen lebenswichtigen Parameter darstellt.

Ich darf daran erinnern, dass die Schweiz und die schweizerische Wirtschaft in Sachen Umweltschutz, Klimapolitik, Energieeffizienz und Nutzung von erneuerbaren Ressourcen als Vorbild gelten. Diese Tatsache wird zu oft unter den Teppich gekehrt, obwohl sie für eine objektivere und sachlichere Diskussion sehr wichtig ist.

1. Energie- und Klimapolitik: bemerkenswerte Bilanz und Bereitschaft zu weiteren Bemühungen

Die Energiepolitik der Schweiz ist im internationalen Vergleich als bemerkenswert zu bezeichnen. In unserem Land geht man effizient mit Energie um und achtet darauf, die Umwelt zu schützen und Verschwendung zu vermeiden. Zu oft wird der Teufel an die Wand gemalt, um neue staatliche Interventionen besser rechtfertigen zu können.

Die vorbildliche Position unseres Landes wird uns unter anderem in einer jüngeren Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln attestiert. Die Schweiz liegt im Umwelt-Ranking betreffend Wasserverbrauch, Luftschutz und Energieeffizienz hinter Irland auf Rang zwei (Folie 3: Umwelt-Effizienz-Indikator).

Die Schweiz gehört auch zu den Ländern mit dem geringsten Energieverbrauch pro BIP-Franken (Folie 4: Primärenergiebedarf pro Einheit BIP 2004). Das lässt sich anhand der Zahlen der Internationalen Energieagentur in einem Bild veranschaulichen: Deutschland verbraucht 163 Tonnen Erdöläquivalente pro Million Dollar BIP, Frankreich 170, Schweden 216 und die Vereinigten Staaten 221, während sich die Schweiz mit 122 Tonnen begnügt.

(Quelle: Internationale Energieagentur, veröffentlicht auf der Website http://earthtrends.wri.org/searchable_db/index.php?theme=6&variable_ID=668&action=select_countries)

Weitgehend freiwillige Klimapolitik

Bezüglich der CO₂-Emissionen ist zu erwähnen, dass die Schweiz unter den Industrieländern am wenigsten Treibhausgas pro Einwohner ausstösst. (Abbildung 2: Treibhausgas-Emissionen pro Einwohner). Die Schweizer Wirtschaft hat ihre Aufgabe ernst genommen. Über die Energie-Agentur der Wirtschaft beteiligen sich rund 1'600 Unternehmen an verschiedenen Vereinbarungen mit dem Ziel, die Energieeffizienz zu verbessern und die Emissionen zu senken. Das bedeutet jährlich 400'000 Tonnen CO₂ weniger in der Atmosphäre. Hinzu kommt die Arbeit der Stiftung Klimarappen, die massgeblich zur Reduktion der CO₂-Emissionen beiträgt (1,8 Mio. Tonnen). Dank den vereinten Anstrengungen wird die Schweiz zu den wenigen Ländern gehören, die die Ziele des Kyoto-Protokolls erreichen.

Dass wir unsere Elektrizität praktisch CO₂-frei produzieren, trägt wesentlich zur guten Bilanz der Schweiz bei. Grund dafür ist, dass die Wasserkraftproduktion beinahe 60% des Totals ausmacht. Die restliche Stromproduktion – rund 40% – stammt grösstenteils aus den ebenfalls CO₂-freien Kernkraftwerken. Diese Produktion ist verlässlich und kostengünstig. Die Brennstoffe können gelagert werden und stammen aus verschiedenen westlichen Ländern. Das Versorgungsrisiko wird durch die Diversifizierung stark verringert.

Der „Mix“ aus Wasserkraft und Kernkraft nützt der Klimapolitik und garantiert eine gute Versorgung. Diese Formel in Frage zu stellen, würde nur die Versorgungssicherheit gefährden, die Preise in die Höhe treiben und noch mehr CO₂-Emissionen verursachen.

2. Marktkräfte spielen lassen – Versorgungssicherheit garantieren

Die Wirtschaft hat nicht im Geringsten vor, die Führungsrolle im Umweltbereich anderen Ländern zu überlassen. Im ureigenen ökonomischen Interesse und aus ökologischer Verantwortung wollen die Unternehmen weiter voranschreiten. Dabei müssen aber die Marktkräfte zum Tragen kommen.

Zunächst müssen wir in der Lage sein, uns am internationalen Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten zu beteiligen. Das wird indirekt erst möglich sein, wenn die CO₂-Abgabe in Kraft ist. Diese CO₂-Abgabe bildet eine Voraussetzung für die Beteiligung der Unternehmen am europäischen Zertifikatehandel, weil sie es ermöglicht, Emissionskontingente festzulegen (Reduktionsziel) und Sanktionen zu verhängen (wenn das Ziel nicht erreicht wird). Für die Zeit nach 2012 muss eine direktere Lösung für diese Frage gefunden werden. Der Emissionsrechtehandel könnte sich durchaus als eines der wichtigen und bleibenden Resultate des Kyoto-Protokolls herausstellen: Er bietet einen flexiblen Rahmen, in dem Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Deswegen ist er einer vom Staat festgelegten reinen Energieabgabe vorzuziehen.

Die Wirtschaft wird demzufolge die Vorhaben der Bundesverwaltung ablehnen: Diese erwägt unter dem Deckmantel der „ökologischen Steuerreform“ die Einführung einer globalen Energieabgabe, die den Preis der fossilen Brennstoffe verdoppeln und den Strompreis um 50% erhöhen würde. In einem solchen Szenario würde die Schweiz nicht das Rennen anführen, sondern den für das Land und die Wirtschaft schädlichen **Alleingang** wählen. Dies würde heute produktive und wettbewerbsfähige Industrien ins Ausland vertreiben. Die Klimapolitik hat es gezeigt: Freiwillige Massnahmen bewähren sich. Ihr Potenzial ist bei Weitem noch nicht ausgereizt, so dass sich neue zwingende Interventionen nicht rechtfertigen.

Elektrizität und Wirtschaftswachstum sind eng verbunden

Wir hängen für unsere Energieversorgung weitgehend vom Ausland ab. Das trifft neu auch auf einen Bereich zu, in dem wir eigentlich in der Lage sind, unseren Bedarf zu decken, nämlich auf die Elektrizität.

Elektrizität und Wirtschaftswachstum sind eng verbunden. Ein Wachstum von 1% führt bekanntlich zu einer Zunahme des Stromverbrauchs um 1,8% (Abbildung 5: Wirtschaftswachstum braucht Strom). In einer Technologie- und Dienstleistungsgesellschaft ist Elektrizität wichtiger denn je.

Problematisch dabei ist, dass der Stromverbrauch allein in den 25 letzten Jahren um 25% gestiegen ist, die Stromproduktion jedoch nur um 12%. Gegen 2020, wenn die erste Kernkraftwerkgeneration ausser Betrieb genommen wird und die Lieferverträge mit Frankreich auslaufen, wird das Versorgungsdefizit 7-10 TWh betragen. Wenn nichts unternommen wird, schnell das Defizit bis 2035 auf 25-30 TWh hoch, was rund der Hälfte des heutigen Verbrauchs entspricht. Allerdings werden wir bereits lange vorher kritische Versorgungsengpässe erleben. Mit Energiesparen können wir diese Lücken nicht schliessen. Sogar das sehr ehrgeizige Szenario der „2000 Watt-Gesellschaft“ ersetzt den Bau von neuen Kraftwerken nicht (Folie 6: Stromlücke (Winterhalbjahre)).

Neue Kernkraftwerke sind unverzichtbar

Im Elektrizitätsbereich erwarten die Investoren klare Antworten. Die Industrie und der Dienstleistungsbereich fordern, dass die Versorgungssicherheit im Vordergrund steht. Der Klimabereich schliesslich verlangt die Reduktion der CO₂-Emissionen. Aus all diesen Gründen müssen wir umgehend die politischen Entscheidungen vorbereiten, damit die heutigen Kernkraftwerke durch neue Anlagen ersetzt werden können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.